

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

SGB-Spitze: Christiane Brunner sagt, was es braucht. Seite 2

Baubüezer legen Arbeit nieder:

**Wenn
ihr
starker
Arm
es will,
steht
alles
still**

Seite 3

Baubüezer bauen Brücke:

Die Sanierung der Berner Kirchenfeldbrücke. Das Foto-Album. **Seiten 8-9**



James Bond exklusiv:
Das Interview. Seite 007



workedito
Marie-Josée Kuhn

DER STOLZ DER BAUARBEITER

Sie bauen die Schweiz, und sie bauen Brücken: die Bauarbeiter. Zum Beispiel haben sie jetzt grad die Berner Kirchenfeldbrücke saniert. Sieben Monate lang haben sie dort gerüstet, gebohrt, gespritzt, gehämmert und asphaltiert. Und die müden von den 250 000 Nieten ersetzt, die den Stahl zusammenhalten. Dicht verfolgt vom Berner Fotografen Alexander Egger. Er ist ihnen mit seiner Kamera auf die

Kein Wunder, sind sie wütend!

Kelle gerückt. Das Resultat, das work auf den Seiten 8–9 präsentiert, sind hautnahe Bilder vom Schweiss der

Arbeit. Bilder, auf denen es pflotscht, stinkt und spritzt. Und bei deren Anblick es uns schwindelt: 30 Meter über der Aare hängt einer am Seil, ganz orange und ganz klein, steht auf einem schmalen Steg im Eisenmonster: es ist der Gerüstbauer. Wow! Immer wenn er auf eine Baustelle komme, erzählt Egger, wollten sofort drei, vier Buezer aufs Bild: «Die sind stolz auf ihre Arbeit», sagt der Fotograf. Kein Wunder, ihre Leistung ist lebenswichtig, über ihre Arbeit können wir fahren, in ihrer Arbeit können wir wohnen.

DICKER HUND. Ihr kaputter Rücken ist die Kehrseite ihres Stolzes: Bauarbeiter leben gefährlich und sterben früh. Im Schnitt erleidet ein Bauarbeiter alle fünf Jahre einen Unfall. 40 Prozent der Bauarbeiter im Alter von 40 bis 65 Jahren werden invalid. Nur zwanzig Prozent erreichen das Rentenalter 65 gesund. Dass die Baubuezer seit 2003 mit 60 in die Frühpension gehen können, ist denn auch die grosse soziale Errungenschaft der letzten Jahrzehnte. Er kämpft haben sie sich die Bauarbeiter zusammen mit den Gewerkschaften. Dass die Baumeister diese Errungenschaft jetzt aufs Spiel setzen – und entweder das Rentenalter erhöhen oder die Renten senken wollen –, ist deshalb ein dicker Hund. Kein Wunder, sind die Arbeiter hässig und enttäuscht, wie etwa jene des Bauriesen Marti. In Zürich hat work-Redaktor Ralph Hug eine Versammlung besucht. «Keine Lohn-erhöhung, aber noch länger arbeiten – das ärgert die Bauleute masslos», schreibt er auf Seite 3. Auch die Marti-Leute wollen sich jetzt wehren. Ab 1. November beginnen in der Deutschschweiz die Bau-Protesttage.

SCHON AUGENFÄLLIG: Der Baumeisterversand ist ausser Rand und Band. Am Verhandlungstisch um die Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrags zaubert er ständig neue und immer absurdere Forderungen aus dem Hut (Seite 3). Dabei kommt bei den Meistern die Polemik neuerdings vor der Sachkenntnis. Das Brückenabreissen vor dem Brückenaufbauen.

SGB: Frauenstreik-Ikone Christiane Brunner (71) fordert ein starkes Frauenministerium

«Ob Gysi oder Maillard, ist nicht der springende Punkt»

Sie war die erste und bisher letzte Frau an der Spitze des Gewerkschaftsbundes. Und sie organisierte den ersten Frauenstreik von 1991. Jetzt fordert Christiane Brunner vom SGB: mehr Geld und Ressourcen für den zweiten Frauenstreik.

MARIE-JOSÉE KUHN

work: Christiane Brunner, Sie waren von 1994 bis 1998 Co-Präsidentin des Gewerkschaftsbundes. Wie hatten Sie das damals geschafft?
Christiane Brunner: Ach wissen Sie, das war eine ganz andere Zeit. Ich war Co-Präsidentin, zusammen mit Vasco Pedrina. Ich als Chefin der Gewerkschaft Smuv, er als Chef der Gewerkschaft GBI. Und es ging damals um eine historische Zusammenführung der beiden Antipoden-Gewerkschaften, auch im Hinblick auf die geplante Fusion zur grossen Unia. Vasco und ich beendeten die langjährigen Kriege: Ich habe die Phantasie in die Gewerkschaftsarbeit gebracht. Und Vasco kennt sich mit der Theorie aus und wusste, wie man die Ideen umsetzt. Wir beide ergänzten uns perfekt. Das war der politische Hintergrund dieses Co-Präsidiums – und nicht, dass ich als Frau dem SGB vorstehen sollte.

Am SGB-Kongress vom 30. November / 1. Dezember tritt der oberste Gewerkschaftschef Paul Rechsteiner zurück. Seine Nachfolge antreten möchten die St. Galler SP-Politikerin und Gewerkschafterin Barbara Gysi und der Waadtländer SP-Regierungsrat und Gewerkschafter Pierre-Yves Maillard. Sind Sie mit der Auswahl zufrieden?

Wir haben zwei gute Kandidaturen, beide bringen sie politische Erfahrung, Engagement und den Willen mit, sich für die Arbeitnehmenden in der Schweiz einzusetzen. Gysi hat zudem den Frauenbonus. Die Ausgangslage ist also völlig transparent und muss sich nicht auf die Geschlechterfrage beschränken.

Viele Frauen und Männer sagen jetzt aber, es brauche nach so vielen Jahren der Männerherrschaft unbedingt eine Frau an der SGB-Spitze.

Paul Rechsteiner wird häufig als der Big Boss der Gewerkschaften dargestellt. Ich finde jedoch, die Macht des

SGB-Präsidiums wird überschätzt, denn es ist nicht das Machtzentrum der Gewerkschaften. Viel gewichtiger sind die Spitzen der Verbände. Dort braucht es vor allem Frauen. Und dort hat es ja auch schon Frauen: Vania Alleva als Unia-Chefin, Katharina Prelicz-Huber als VPOD-Chefin, Barbara Gysi als Chefin des Personalverbandes sowie Barbara Spalinger als SEV-Vizepräsidentin und Stephanie Vonarburg als Vizepräsidentin der Syndicom. Wie gesagt: Ich hatte damals Macht und Gewicht, weil ich Smuv-



FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

Chefin war. Und nicht, weil ich SGB-Co-Präsidentin war.

Trotzdem, wäre es denn nicht ein falsches Signal, wenn knapp ein Jahr vor dem zweiten Frauenstreik ein Mann an die SGB-Spitze gewählt würde?

Das ist nicht der springende Punkt, viel wichtiger ist doch, ob der SGB genügend Geld und Ressourcen freimacht für die Mobilisierung dieses zweiten Frauenstreiks. Wenn der SGB diesen ernst nimmt, muss er ein Streiksekretariat aufbauen, das sich voll und ganz um die Organisation und Mobilisation kümmert. So wie der SGB das auch 1991 beim ersten Frauenstreik getan hat. Zusätzlich muss der SGB aber auch sein Frauensekretariat personell ausbauen, um längerfristig den Forderungen der Frauen zum Durchbruch zu verhelfen. Vor allem dann, wenn der Kongress ein

nen Mann als SGB-Präsidenten wählt. Die Frauen an der Spitze der Verbände hätten so mehr Mittel, um gemeinsame, konkrete Aktionen zu machen.

Was halten Sie eigentlich von einem zweiten Frauenstreik im 2019?

Ich finde das prima und bitter nötig. Ich sage immer, Frauen, ihr müsst kämpfen! Denkt nie, dass etwas erreicht ist. Kaum ist es nämlich gewonnen, muss es schon verteidigt werden. So ist das in der Politik, in der Gewerkschaft und auch im Leben. Seid wachsam auf der ganzen Linie. Auch im Privaten, ihr müsst dranbleiben, wenn die Kinder kommen. Ihr müsst die Männer in die Pflicht nehmen, gar nichts wird euch geschenkt. Und ganz wichtig: Bleibt ihr selber. Seid mutig und phantasievoll. Und habt neue Ideen!

CHRISTIANE BRUNNER PIONIERIN

Christiane Brunner war 1991 Mitinitiantin des ersten Frauenstreiks. Sie war die erste Frau an der Spitze einer grossen Gewerkschaft – und des Gewerkschaftsbundes. 1992–2000 war sie Chefin bei der Gewerkschaft Smuv, einer Vorgängerorganisation der Unia. Und von 1994 bis 1998 teilte sie sich das SGB-Präsidium mit GBI-Chef Vasco Pedrina.

NICHTWAHL. 1993 kandidierte die Sozialdemokratin als Bundesrätin. Bereits im Vorfeld ihrer Kandidatur bewarfen Politiker sie mit Schlamm und Dreck, weil sie nicht ins traditionelle Frauenbild passte. Das Parlament zog ihr den SP-Nobody Francis Matthey vor. Die Nichtwahl von Brunner löste breite Empörung und massive Frauenproteste aus. Matthey musste sich zurückziehen, und schliesslich wurde Ruth Dreifuss gewählt. (mjk)

SGB-Präsidium: Nachfolge Rechsteiner Der Kongress wählt



BARBARA GYSI ODER PIERRE-YVES MAILLARD: Wer wird neueR Rechsteiner?

Am SGB-Kongress vom 30. November und 1. Dezember tritt Paul Rechsteiner nach zwanzig Jahren an der Spitze des Gewerkschaftsbundes zurück. Und die 237 stimmberechtigten Delegierten werden entscheiden, wer seine Nachfolge antreten soll: die Chefin des Bundespersonalverbandes und SP-Nationalrätin Barbara Gysi (54) aus St. Gallen oder der Unia-Gewerkschafter und Waadtländer SP-Regierungsrat Pierre-Yves Maillard (50). Gysi wird vom Personalverband portiert, Maillard

ist der offizielle Kandidat der Unia und der Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV. work berichtete (rebrand.ly/SGB-Kandidaturen).

HOCHSPANNUNG. In den grossen Verbänden sind nach der Anhörung von Maillard und Gysi schon Vorentscheide gefallen. Neben der Unia haben sich auch die Gremien des SEV und der Syndicom für Maillard ausgesprochen. Der VPOD und die SGB-Frauenkommission hingegen entschieden sich für Gysi. Unia, SEV und Syndicom hätten am SGB-Kongress zusammen 125 Stimmen, sofern alle Delegierten anwesend sind. Der VPOD und der Personalverband deren 25. Doch das Rennen ist offen, denn die Delegierten können im Prinzip stimmen, was sie wollen. Zudem ist die Wahl geheim. Und selbst noch am ersten Kongresstag können sie neue Namen ins Spiel bringen oder sich gleich selber fürs SGB-Präsidium empfehlen. Für Hochspannung ist also gesorgt. (mjk)





DAS WAR DER ERSTE
STREICH: 3000 Bauarbeiter
gingen in Bellinzona auf
die Strasse. FOTO: KEYSTONE

Die Protestwelle auf dem Bau rollt an

Baubüezer haben die Nase voll

Angriff auf die Rente 60, Angriff auf die Mindestlöhne, Angriff auf den Gesundheitsschutz: Der Baumeisterverband ist ausser Rand und Band. Jetzt haben die Bauleute genug.

SBV-Politik: Hauptsache Wind

Was ist bloss mit diesem SBV los? Im Frühjahr hat er vom Gewerbeverband Bernhard Salzmann eingewechselt. Ein PR-Mann, der Hans-Ulrich Biglers verbiesterte Abstimmungskampagnen mitverantwortet. Seither mutiert auch der SBV mehr und mehr zur Fake-News-Schleuder. Motto: Inhalt egal, Hauptsache viel Wind.

SEIFENBLASEN. Kürzlich verkaufte der Verband etwa den neuen Baustellen-Badge als Alternative zur 8-Tage-Regel beim Lohnschutz. Obwohl das miteinander gar nichts zu tun hat. Dann warf er den Gewerkschaften vor, sie liessen die Bau-Führer im Stich und wollten lieber streiken als Lösungen bieten. Schliesslich die Seifenblase mit dem angeblichen Sozialmissbrauch. An die Stelle von inhaltlicher Auseinandersetzung ist faktenfreie Polemik getreten. Mit SBV-Funktionären in einem solchen Betriebsmodus wird es noch schwieriger, einen vertragslosen Zustand zu vermeiden. Und darunter leiden auch die anständigen Baumeister. (rh)

RALPH HUG

Bellinzona und Genf machten den Anfang. Dort gingen in den letzten Tagen insgesamt 5500 Bauarbeiter auf die Strasse. Aus Protest gegen den Starrsinn der Funktionäre vom Baumeisterverband SBV. Die Deutschschweiz wird folgen ab dem 1. November. Denn die Büezer sind wütend. An einer Versammlung der Mitarbeitenden des Baukonzerns Marti in Zürich sagte einer: «Ohne Streik läuft sowieso nichts.» Er bekam viel Applaus. Keine Lohnerhöhung, aber noch länger arbeiten – das ärgert die Bauleute masslos. Ähnlich war die Stimmung auch an Versammlungen der Implenia-Mitarbeitenden sowie auf der Grossebaustelle The Circle beim Flughafen Kloten.

POLEMIK STATT SACHKUNDE

Die Büezer haben die Nase voll von den Attacken der Baumeister auf ihre wohlverdiente Frührenten mit 60, auf ihre Löhne und auf ihre Gesundheit. Und auch von der Hinhaltetaktik des SBV. Am Verhandlungstisch um die Vertragserneuerung zaubern die Baumeistervertreter ständig neue und immer absurdere Forderungen aus dem Hut. Polemik scheint wichtiger als Sachkunde. Der neueste Blindgänger: Chef Gian-Luca Lardi und Direktor Benedikt Koch werfen den Gewerkschaften in einem offenen Brief «Sozialmissbrauch» vor. Das machte sofort Schlagzeilen. Dabei hatte die Unia lediglich auf die Möglichkeit der Schlechtwetterentschädigung hingewiesen. Denn der LMV sieht vor, dass bei Minustemperaturen und Gesundheitsgefährdung die

Arbeit auf den Baustellen eingestellt werden muss. Die Baufirmen können in diesem Fall einen Teil der Lohnkosten über die Schlechtwetterentschädigung zurückfordern.

Diese Inanspruchnahme ist aber kein Missbrauch, sondern eine gesetzliche Hilfe. Und sie hat nichts mit dem Arbeitszeitkalendar zu tun. Baufirmen vor allem im Tessin, im Wallis und in

Ginge es nach den Meistern, wären Arbeitstage von 12 Stunden normal.

Graubünden nutzen diese Möglichkeit. Das zeigt die Statistik. Letztes Jahr zahlte die Arbeitslosenversicherung (ALV) den Firmen 26,1 Millionen Franken an Entschädigungen aus. A propos Missbrauch: Wenn das jemand tut, dann wären es ja die Chefs selber. Denn sie müssen die Gelder bei der ALV beantragen. Unia-Chefin Vania Alleva blieb der SBV-Spitze die Antwort auf ihren offenen Brief nicht schuldig. Sie schrieb cool: «Lesen Sie Ihre eigene Website!» Dort sind der Sinn und die Funktionsweise der Schlechtwetterentschädigung zutreffend erläutert.

AUTOBAHN FÜR LOHNDUMPING

Den erzürnten Protest der Bauarbeiter haben sich die Baumeister bzw. ihre Funktionäre also selber zuzuschreiben. Zuerst verweigert der SBV vertragswidrig neun Monate lang Verhandlungen über eine Nachfinanzierung der Rente mit 60. Erst die Grosse demo der Bauarbeiter vom Juni

in Zürich mit 18000 Teilnehmenden bringt sie an den Verhandlungstisch. Der Kompromiss sieht nun vor, dass die Bauarbeiter für den Erhalt der Rente 60 mehr zahlen. Dafür bezahlen die Firmen nach vier Jahren mit blendenden Geschäften, aber null Lohnanpassung 150 Franken mehr Lohn ab 2019.

Doch dann kam der Rückzieher: Das alles gelte nur, wenn die Bauarbeiter Mehrarbeit schluckten. Der SBV will, dass die Bauleute im Januar und Februar zu Hause hocken, dafür von März bis Dezember durchschufteten. Arbeitstage von 12 Stunden wären normal. Zudem wollen die Baumeister bei Stellenwechsel die Löhne massiv senken können. Vor allem ältere Bauarbeiter wären davon betroffen. Darüber hinaus soll künftig bei jedem Wetter gearbeitet werden müssen.

An der letzten Verhandlungsrunde legten die Funktionäre ein weiteres faules Ei auf den Tisch: Für sogenannte Praktikanten, die weniger als vier Monate arbeiten, sollen gar keine Mindestlöhne mehr gelten. Ausländische Firmen, die ohne Bewilligung bis zu drei Monate in der Schweiz arbeiten können, müssten so keinerlei Mindestlöhne einhalten. Man kennt das von der Landwirtschaft. Dort verrichten zum Beispiel Polen Schwerarbeit für Hungerlöhne. Unia-Bauchef Lutz nennt diese absurde Forderung eine «Autobahn für Lohndumping». Sie macht auch klar, dass es mit dem Bekenntnis von SBV-Präsident Gian-Luca Lardi zu den flankierenden Massnahmen nicht weit her ist. Statt Lohnschutz heisst das Ziel offensichtlich «Löhne drücken».

MEISTER-METHODEN

TRICKS & DROHUNGEN

«Jetzt haben die Baumeister die schwere Artillerie aufgeföhren», sagt José Sebastiao. Er ist Unia-Sekretär in Genf. Witterten die Chefs Unzufriedenheit und Proteste, versuchten sie die Mitarbeiter mit Tricks und Drohungen einzuschüchtern, auch mit verbotenen.



EINSCHÜCHTERN UND DROHEN:
Der Chef von Comicfigur Gaston
Lagaffe macht's vor. FOTO: PD

VERBOTEN. Es klingt fast mitfühlend: «Seid ihr nicht zufrieden mit euren Jobs?» fragten die Genfer Baumeister ihre Leute per SMS und Mail. Auf Chef-Deutsch heisst das: «Wenn es dir nicht passt, kannst du ja gehen.» Baumeister hätten auch immer wieder versucht, der Unia den Zutritt zu den Baustellen zu verwehren, sagt Sebastiao. Und von den Polieren hätten sie Namenslisten verlangt, wer von ihren Teams an den Protesten teilnehmen wolle. Solche Listen sind verboten.

GEFÄHRLICH. Und die Chefs greifen noch zu weiteren Tricks. Sebastiao erzählt, dass sie auf ihren Baustellen rund um den 16. Oktober, dem Beginn der Protesttage, bewusst Arbeiten planten, die von den Büezern unbedingte Anwesenheit verlangten. Sie sollen einen Kran aufbauen oder Betonmischer entladen. Und überall hätten die Patrons verkündet, dass Streiks in der Schweiz generell verboten seien, was nicht stimmt. Besonders fies setzten gewisse Chefs die Temporärangestellten unter Druck. Sebastiao: «Ihnen haben sie gesagt, sie seien den Job los, wenn sie am 16. Oktober nicht zur Arbeit erschienen.» (asz)

workfrage:
Was braucht es, um den Baumeisterverband zur Vernunft zu bringen?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Schon gibt es überall Streikkomitees

Der Frauenstreik 2019 kommt bestimmt



FOTOS: ZVG (4), FRANZISKA SCHEDEGGER (1)

LASST TAUSEND STREIKKOMITEES BLÜHN: (von links) Manuela Honegger, Itziar Maranon, Franziska Stier, Natascha Wey und Corinne Schärer organisieren den Höhepunkt des Frauenjahres 2019 mit.

Der zweite Frauenstreik ist unterwegs. Das zeigen die Recherchen von work.

SABINE REBER

Es war eine machtvolle Demonstration: 20000 Frauen und Männer protestierten am 22. September in Bern für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung. Und machten klar, dass sie nicht länger warten wollen: «Es reicht, es braucht einen neuen Frauenstreik!» 27 Jahre nach dem ersten Frauenstreik von 1991 liegt also der zweite in der Luft. Er soll am 14. Juni 2019 stattfinden. Streikgründe gibt es genug: Immer noch verdient eine Berufsfrau in der Schweiz im Schnitt 7000 Franken im Jahr weniger, nur weil sie eine Frau ist. Immer noch leisten die Frauen die meiste Haus- und Betreuungsarbeit – gratis. Und noch immer ist Gewalt

gegen Frauen allgegenwärtig. Kommt dazu, dass das Parlament im Kampf gegen die Lohndiskriminierung nur Mini-Schrittchen wagt.

VON GENÈVE BIS ZÜRICH

In der ganzen Schweiz bilden sich jetzt Streikkomitees. Am 5. November findet die erste nationale Koordinations-sitzung statt. Die Westschweiz hat die Nase vorne, wie Mitorganisatorin Manuela Honegger aus Genf erzählt. Inzwischen hat jeder der sechs welschen Kantone sein eigenes Streikkomitee. An den Veranstaltungen treffen sich jeweils rund 100 Aktivistinnen. Besonders erfreulich ist das grosse Echo im konservativen Wallis – auch dort kamen zum ersten Streiktreffen über hundert Frauen. Honegger hat einen Doktor in Politikwissenschaft, arbeitet als Campaignerin und hat zwei Schul-

kinder. Sie sagt: «Die grosse Herausforderung ist nun, möglichst viele verschiedene Frauen anzusprechen – die Mütter ebenso wie die Karrierefrauen.»

Auch in Basel und Bern geht es vorwärts: Am 18. November plant das Basler Streikkomitee eine Diskussions-tagung zu den Forderungen. Die Basler Aktivistin Franziska Stier sagt: «Lohngleichheit und die Entschädigung der Betreuungsarbeit gehören zu unseren Hauptforderungen. Aber auch die Gewalt gegen Frauen ist ein zentrales Thema.»

In Bern haben sich bereits verschiedene Arbeitsgruppen gegründet: Koordination, Kommunikation, Veranstaltungen und Recherche über

bisherige Frauenstreiks. Mitorganisatorin und Journalistin Itziar Maranon sagt: «Es ist ein gesellschaftlicher Streik. Und weil die Gesellschaft Frauen grundsätzlich unterdrückt, sind davon auch alle in der einen oder anderen Form betroffen.»

Und auch im Tessin besteht schon ein Streikkomitee. Die Frauen in Zürich und in der Ostschweiz sind noch daran, Streikgruppen aufzubauen.

VIELE JUNGE FRAUEN

Der erste Frauenstreik wurde von den Gewerkschaften ausgerufen. Allen voran von Christiane Brunner. Die Sozialdemokratin war damals Chefin der Metallergewerkschaft Smuv, einer Vorgängerin der Unia. Heute äussert sich die Frauenstreik-Ikone im work auch zum zweiten Frauenstreik (siehe

Seite 2). Und wieder sind es die Gewerkschaftsfrauen, die sich an vorderster Front engagieren. Unia-Frau Corinne Schärer wird sich ab Dezember ganz auf die Organisation des Streiks konzentrieren: «Die Unia hat den Frauenstreik zum Schwerpunkt im Kampagnenplan erklärt.»

Als VPOD-Gewerkschafterin voll dabei ist auch SP-Frauen-Präsidentin Natascha Wey. Mit einem Manifest riefen am 14. Juni 2018 SP und Juso das Frauenjahr aus, heute sagt Wey: «Der Frauenstreik wird der Höhepunkt unseres Frauenjahres sein!» Es sei kein Zufall, dass das Frauenjahr am 14. Juni 2019 ende. Und Wey gibt sich optimistisch: «An der Frauendemo in Bern habe ich viele junge Frauen gesehen, die sich bisher noch nie politisch engagiert haben. Das ist ein sehr gutes Zeichen!»

INSERTAT

Das work-Frauen-Bilder-Lesebuch erzählt und zeigt:

- Der grosse Lohnschiss an den Frauen in Franken und Rappen
- Wie aus Pussyhats auch #MeToo wurde
- Die Schweizer Frauenpower-Ikonen
- Das Frauenwunderland Island
- Das grosse Bundesrätinnen-Schrumpfen
- Auf dem Weg zum zweiten Frauenstreik ...und vieles andere mehr!

Ein Buch so bunt wie die Frauenbewegung!



Jetzt gratis bestellen per Mail an frauen@unia.ch oder brieflich an Unia-Zentralesekretariat, Abteilung VIP, Postfach 272, 3000 Bern 15

Alexei Fedoritschew: Russen-Mafia am Werk?

Zuerst handelte der Russe Alexei Fedoritschew mit Autoersatzteilen. Oder, laut einer anderen Quelle, mit Eisenbahnschwellen. Auf jeden Fall verdiente er während des Zusammenbruchs der Sowjetunion seine ersten Millionen. Dann stieg er dick ins Geschäft mit Schwefel ein, der in der chemischen Industrie sowie für Dünger verwendet wird. Und wurde immer reicher.

LUSCHER DEAL? Das wirkliche Vermögen des 63jährigen (Wohnsitz im Steuerparadies Monaco, verheiratet mit dem Ex-Playboy-Model Uliana Tseytina) ist nicht bekannt. Er selber sagt, er habe mehr als eine Milliarde allein in der Ukraine investiert. In der aktuellen Liste

Fedoritschew wurde reich mit Schwefel und Getreide.

der reichsten Russen des US-Magazins «Forbes» taucht der Schwefelhändler aber nicht auf. Dort sind Personen aufgeführt, die mehr als eine Milliarde Dollar besitzen. Möglicherweise ist Fedoritschew also nur ein kleiner Fisch unter den Oligarchen. Klar ist: Noch heute verdient er sein Geld mit Schwefel und Dünger sowie Getreide. Was den Handel mit Gerste angeht, soll seine Firma Fedcom Invest sogar zu den weltgrößten Playern gehören. Mehr als drei Millionen Tonnen pro Jahr liefert die Firma alleine von der Ukraine nach Saudiarabien, weiss die Zeitung «The National» aus den Arabischen Emiraten zu berichten.

Und nicht immer geht bei diesen Deals alles glatt. Dieser Ansicht ist zumindest die ukrainische Antikorruptionsbehörde, in deren Visier Fedoritschew letztes Jahr geriet: Er wurde verdächtigt, 295 000 Tonnen Gerste gestohlen zu haben. Fedoritschew bezeichnete die Untersuchung der Behörde als «haltlose Schmutzkampagne».

DER FUSSBALL. Noch schwerer waren die Vorwürfe, die 2002 die französische Tageszeitung «Le Monde» erhob. Sie zitierte Dokumente des französischen Nachrichtendienstes, wonach Fedcom Invest im Verdacht stehe, «eine Tarnfirma der russischen Mafia» zu sein. Daraufhin bekam Fürst Albert von Monaco kalte Füsse. Er stoppte kurzerhand den bereits eingefädelten Verkauf des Fussballclubs AS



FEDCOM-FUSSBALL: Ein zwielfältiger Oligarch sponsert AS Monaco, Diego Benaglios Club.

Monaco, der in der obersten französischen Liga spielt. Das gefiel dem Oligarchen gar nicht. Denn Fussball ist das grösste Steckenpferd des Rohstoffhändlers. Seine Firma Fedcom Invest ist schon seit den 1990er Jahren Trikotsponsorin von AS Monaco. Zuvor war Fedoritschew Mehrheitseigentümer von Dynamo Moskau gewesen. Und in jüngeren Jahren hatte er selber einige Monate für diesen Verein gespielt. Wenn auch nur in der zweiten Mannschaft.

DER OLIGARCHEN-KREIS. Fedoritschew klagte vor einem Gericht in Monaco gegen «Le Monde» und bekam recht. Zähneknirschend bezahlte die Zeitung, äusserte aber auch Zweifel an der Unabhängigkeit der monegasischen Justiz. Solche Zweifel führten letztes Jahr dazu, dass Monacos Justizminister zurücktreten musste. Es kam aus, dass er vom russischen Oligarchen Dmitri Rybolowlew Geschenke angenommen hatte, unter anderem eine Einladung zu Skiferien in Rybolowlews Chalet in Gstaad. Im Gegenzug soll der Minister dafür gesorgt haben, dass der Kunsthändler Yves Bouvier, mit dem Rybolowlew im Clinch lag, in Monaco verhaftet wurde. Dmitri Rybolowlew ist Geschäftspartner von Alexei Fedoritschew und Mehrheitsaktionär von AS Monaco. Der Kreis der Oligarchen schliesst sich.

CHRISTIAN EGG



Ausflugsrestaurant Meierei in St. Moritz

Russischer Oligarch dreht Geldhahn zu

2016 wechselte das Hotel-Bijou die Hand. Dann fehlte plötzlich das Geld für Waren und Löhne. Die Spuren führen zum Schwefel-Milliardär Alexei Fedoritschew aus Russland.

CHRISTIAN EGG

Anfang Juni 2018: In einer Woche soll das Hotel und Restaurant Meierei in St. Moritz GR für die Sommersaison eröffnet werden. Die 17 Saisonmitarbeitenden sind soeben angereist, viele von ihnen aus Portugal oder Süditalien. Doch es fehlt an Geld. Auch für ihre Löhne. Kadermitarbeiterin Angelika Tschopp* erinnert sich: «Es war nicht einmal genügend Geld da, um eine Tomate zu kaufen.»

Der Grund: Der Verwaltungsrat der «Meierei» hat nicht genügend Mittel für den Betrieb überwiesen. Und zwar schon seit Monaten. Die offenen Rechnungen von Lieferantinnen und Handwerkern, aber auch von AHV und Pensionskasse belaufen sich inzwischen auf über 700 000 Franken. Tschopp weiss nicht mehr weiter und ruft die Unia zu Hilfe.

LETZTE FRIST

Für die Gewerkschaft wird sofort klar: So darf man das Hotel nicht öffnen. Sonst riskieren die Angestellten, dass sie ihren Lohn nie sehen. «Meierei»-Mitarbeiterin Tschopp setzt dem Verwaltungsrat eine letzte Frist: Mindestens 500 000 Franken brauche das Hotel innert vier Tagen. Doch es kommen nur 150 000. Tschopp: «Das hätte nicht einmal die Löhne für drei Monate gedeckt. Ganz zu schweigen von den Zutaten für die Küche, der Heizöltank war fast leer, wir hatten nicht einmal Benzin für den Rasenmäher! Und das Elektrizitätswerk drohte, den Strom abzustellen, wenn wir nicht endlich die Rechnungen bezahlen würden.»

Jetzt gibt es nur noch einen Ausweg: Die «Meierei»-Leitung vor Ort kündigt allen Angestellten, um weiteren Schaden abzuwenden. Tschopp muss allen Gästen absagen, die für den Sommer gebucht haben, darunter Familien, die seit 20 oder mehr Jahren hier Ferien machen. Sowie Geburtstagsfeste, Firmenanlässe und eine Hochzeit. Die «Meierei» schliesst.

DER REICHE RUSSE

Was ist passiert mit dem Hotel-Bijou? Seit 2016 hat es neue Besitzer. Präsident und einziges Mitglied des Verwaltungsrats ist der Franzose Alexandre Valladier. Aber er scheint nur ein Strohm

mann zu sein. Im Hintergrund führen alle Spuren zu Alexei Fedoritschew, einem reichen russischen Rohstoffhändler mit Wohnsitz in Monaco (siehe «Russen-Mafia am Werk?»). Gut möglich, dass ihm die traumhafte Lage der «Meierei» gefiel: in einer Waldlichtung direkt am St. Moritzer See. Es sei einer der schönsten Betriebe im Engadin, schwärmt Ex-Mitarbeiterin Tschopp.

Doch schon wenige Monate nach dem Verkauf fehlt das Geld. Jetzt kommen Zahlungsbefehle vom Betreibungsamt. «Meierei»-Mitarbeiter Thomas Gerber*, erzählt: «Ab und zu überwies uns der Verwaltungsrat 100 000 Franken. Aber das reichte nicht.» Aus Geldmangel

«Von sich aus hätte uns Herr Fedoritschew keinen Rappen bezahlt.»

ANGELIKA TSCHOPP
EX-MITARBEITERIN «MEIEREI»

man den Start der Winter-

saison um eine Woche verschieben. Kurz vor Weihnachten reist ein Vertreter des Hotelbesitzers an und sagt, alles komme gut. Doch die Lieferantinnen wollen jetzt Cash sehen. Mitarbeiter Gerber: «Wir fingen an, die Bareinnahmen im Hotelfass zu horten.»

Was führt Oligarch Fedoritschew im Schilde? Weder der superreiche Russe noch seine Firma reagieren auf die Fragen von work. Doch die Ex-«Meierei»-Mitarbeiterinnen Tschopp und Gerber haben eine Vermutung: Fedoritschew will aus der Gebäudegruppe sein Luxusferienhaus machen. Hotelgäste und Ausflüglerinnen würden da nur stören. Auch für Unia-Frau Anke Gähme ist der Fall klar: «Fedoritschew will sich an dieser Top-Lage festsetzen. Er hat das Hotel und die Beschäftigten seinen Privatinteressen geopfert.» Allerdings dürfte der Oligarch damit nicht durchkommen.

GEMEINDE SAGT «NET»

Für einen Umbau des Hotels braucht Fedoritschew das Okay der Gemeinde. Und

diese blockt. Gemeindepräsident Sigi Asprien sagt zu work, man habe ein «grosses Interesse» an einem Hotel- und Gastronomiebetrieb in der «Meierei», wie er bisher bestanden habe. Schon vor zehn Jahren lehnte die Gemeinde deshalb das Baugesuch eines früheren Besitzers ab, der einen Teil des Hotels zu einem Ferienhaus machen wollte. Auch das Bundesgericht bestätigte 2011 den Entscheid der Gemeinde. Heute stellt Gemeindepräsident Asprien klar: «Dieser Bundesgerichtsentscheid gilt auch für mögliche Pläne, die ein ähnliches Ziel verfolgen.»

Für das betroffene Küchen-, Service- und Putzpersonal ist der Schaden aber schon angeordnet: sie stehen auf der Strasse. Immerhin: Heute haben alle ihren Lohn bis zur Kündigungsfrist bekommen. Nur dank dem Druck der Unia, sagt Kadermitarbeiterin Tschopp: «Von sich aus hätte uns Herr Fedoritschew keinen Rappen gezahlt.»



PARTY-LAUNE: Der russische Oligarch Alexei Fedoritschew mit Gattin Uliana Tseytina. FOTO: PD

* Namen geändert

Stagnierende Löhne Ohne Druck geht gar nichts

Für die Arbeitgeber scheint die Zeit für Lohnerhöhungen nie gut genug. Läuft die Wirtschaft schlecht, sollen die Lohnabhängigen warten. Gar Lohnsenkungen erwartet man von ihnen. Läuft dagegen die Wirtschaft heiss, gelten Lohnerhöhungen als schlecht, weil sie die Inflation anheizen würden. Seit zwei Jahren erleben wir einen



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Ausnahmezustand: Nachdem die EU-Spitze und die Zunft der Ökonomen jahrelang Lohnstillstand oder gar Abbau verlangt haben, rufen sie nun nach Lohnerhöhungen. Denn der Aufschwung soll durch verstärkte Konsumkraft festen Boden bekommen.

Bloss: trotz diesen erfreulichen Signalen gehen die Reallöhne bei der Mehrheit der Lohnabhängigen nicht rauf. Verwundert fragen sich die Ökonomen in Europa,

Arbeitgeber müssen zu Lohnerhöhungen gezwungen werden.

warum zum Beispiel in Spanien die Löhne stagnieren. Dies trotz sinkender Arbeits-

losigkeit und kräftig wachsender Wirtschaft. Die Globalisierung sei schuld, sagen die einen, das Problem sei die technologische Revolution, sagen die anderen. Für die dritten sind die Lohnabhängigen selbst verantwortlich: sie hätten sich an stagnierende Löhne gewöhnt und forderten keine Lohnerhöhungen mehr.

WER IST SCHULD? Nüchtern betrachtet ist klar: Lohnerhöhungen müssen die Arbeitgeber beschliessen und das tun sie bisher kaum. Weil sie nicht dazu gezwungen werden. Auch nicht vom Arbeitsmarkt. Dazu erklärt die NZZ: Die Arbeitslosenstatistik sei «irreführend». Viele Leute hätten nur befristete Stellen und kleine Arbeitspensen, sie würden aber als beschäftigt gelten. Der Druck des Arbeitsmarkts auf die Arbeitgeber ist also noch zu klein. Und der Druck der Gewerkschaften? Beinahe etwas enttäuscht schreibt die Credit Suisse: «Ihre Verhandlungsmacht ist geschwächt.» Und plötzlich erkennt der Internationale Währungsfonds: «Die Deregulierung des Arbeitsmarktes ist einer der Gründe des sinkenden Lohnanteils.» Die Gewerkschaften wissen also, was sie zu tun haben: ihre Verhandlungsmacht wieder aufbauen und Gesamtarbeitsverträge mit guten Löhnen erkämpfen.

PS. Lohnerhöhungen sind übrigens möglich: Osteuropa macht's vor. In Rumänien, Bulgarien und im Baltikum wachsen die Reallöhne stark, 5 Prozent und mehr pro Jahr. Wegen der Abwanderung der Leute in den Westen gibt es hier grossen Fachkräftemangel. Und die Gewerkschaften gehen mit Erfolg auf die Strasse.

Unia online



Selbstbedienungskassen: Mehr Stress für das Personal

Veränderte Berufsbilder, Multitasking, Stress, Belästigungen, Zukunftsängste und unzureichende Aus- und Weiterbildung – das Verkaufspersonal leidet unter den Selbstbedienungskassen. Dies geht aus einer Studie der Uni Bern hervor.

www.unia.ch/sco-studie

Steuervorlage 17 und AHV-Finanzierung Ist die Unia nun dafür oder dagegen?

Der «Steuer-AHV-Deal» ist bei den Gewerkschaften umstritten. Corinne Schärer, in der Unia-Geschäftsleitung zuständig für das Dossier, erklärt die Ausgangslage, die neusten Entscheidungen und was jetzt wichtig ist.

CLEMENS STUDER

work: Der Unia-Zentralvorstand hat sich gegen die Steuervorlage ausgesprochen, die SGB-Delegierten sagen Ja und beschliessen für den Fall einer Abstimmung Stimmfreigabe. Was bedeuten diese Entscheide konkret?

Corinne Schärer: Bereits vor der SGB-Delegiertenversammlung hat der Unia-Zentralvorstand die Steuerreform SV17 diskutiert. Trotz einer eindeutigen Unterstützung der mit der Steuervorlage verbundenen AHV-Finanzierungsvorlage hat der Zentralvorstand aus Gründen der Steuergerechtigkeit die



«Steuerpolitik ist nicht unser Kerngeschäft.»

CORINNE SCHÄRER

Ablehnung des Gesamtpakets beschlossen. Es war von Anfang an unbestritten, dass wir diese Vorlage nicht prioritär behandeln werden, weil wir unsere Energien für viele andere wichtige Auseinandersetzungen dringend benötigen. Es war nie die Absicht der Unia, auf nationaler Ebene eine tragende Rolle beim Kampf für oder gegen diese Vorlage zu übernehmen. Daran hat sich nichts geändert.

Warum nicht?

Steuerpolitik ist nicht unser Kerngeschäft. Der Unia-Zentralvorstand hat diesen Entscheid aber auch nicht leichtfertig getroffen. Aus den Voten wurde klar, dass

man nicht auf eine nationale Referendumskampagne setzen möchte. Vor allem aber wollte der Zentralvorstand keine Zerreihsprobe in der Gewerkschaftsbewegung.

Es ist also in erster Linie eine Frage, wie man die im «Deal» verknüpften Teile würdigt?

Genau. Die Unia hat während der parlamentarischen Behandlung der Vorlage immer für die Aufteilung in zwei Teile plädiert, damit die Abstimmenden ihren Willen präzise hätten ausdrücken können. Der Steuerteil wird von den Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern stark kritisiert, die AHV-Finanzierung klar begrüsst. Das Problem liegt in der Verknüpfung – und dann in der Gewichtung der beiden Teile. Hier gibt es unterschiedliche Meinungen.

Erklären Sie die doch kurz.

Bei der Unia überwiegen die Bedenken bezüglich des sich verschärfenden Steuerwettbewerbs und den massiven Steuersenkungsvorlagen in den Kantonen, bei den SGB-Delegierten die Chancen für die Stabilisierung der AHV. Die Bundesbeiträge und die zusätzlichen Lohnprozente für die AHV sind sehr gut. Wir dürfen nicht vergessen, dass dadurch auch eine Umverteilung von oben nach unten sichergestellt ist, denn die AHV ist das grösste Umverteilungs-Sozialwerk, das wir haben. Bei einem Nein zur ganzen Vorlage müssen wir daher auf dem AHV-Teil beharren, ihn weiterverfolgen, so dass er trotzdem umgesetzt wird.

Und bei einem Ja? Da drohen in vielen Kantonen Steuersenkungsexzesse. Und die werden einmal mehr auf Kosten der Wenig- und Normalverdienenden gehen.

Ja – und deshalb ist der Kampf in den Kantonen der tatsächlich wichtige. Denn dort werden die Steuersenkungspakete geschnürt. Und dort wird die Gewinnsteuer – teilweise ohne Not – verantwortungslos gesenkt. Diese Exzesse müssen wir bekämpfen.



NOCH HÖHER: Von der Steuervorlage SV17 profitieren die grossen Konzerne am meisten. Etwa der Pharmariese Roche, der sich mit dem Herzog- & de-Meuron-Turm in Basel ein Denkmal gesetzt hat. Es ist mit 178 Metern das höchste Haus der Schweiz. FOTO: KEYSTONE

Amtlich bewilligtes Lohndumping

BERN. 18.27 Franken pro Stunde: So tief soll ab 2019 der Mindestlohn im Postmarkt sein. Das hat die Postkommission (PostCom) verfügt, die den Markt für Briefe, Pakete und Zustellungen reguliert. Ein Skandal! Die Gewerkschaft Syndicom spricht von staatlich legitimiertem Lohndumping. Der Gewerkschaftsbund (SGB) kritisiert, ein solcher Tieflohn sei mit Blick auf den Mindestlohn von 20 Franken im Kanton Neuenburg, den das Bundesgericht abgesegnet hat, schlicht illegal. Die PostCom ignorierte ein von ihr selbst in Auftrag gegebenes Gutachten. Dieses kam auf mittlere reale Stundenlöhne von 26 und 34 Franken.

ENTMACHTEN. Statt sich daran zu orientieren, nahm die PostCom die untersten Einstiegsgehälter und eine 44- statt eine 42-Stunden-Woche als Referenz. So unterbietet sie noch den tiefsten Lohn für einen ungelerten Zusteller von Fr.22.30. Einwände der Gewerkschaften schlug die PostCom in den Wind.



UNFÄHIGE POSTCOM: Protest in Bern.

Ebenfalls ignorierte sie die prekären Arbeitsbedingungen der Onlinehändler wie Amazon oder Zalando, die für ihre Waren auf private Kuriere setzen. Laut SGB ist die PostCom ihrem Auftrag nicht gewachsen, der Bundesrat soll eingreifen. Syndicom will ihr die Kompetenz zur Festlegung von Mindestlöhnen wegnehmen und den Sozialpartnern übergeben. Die PostCom hat einen Ruf als handzahme Behörde. Gegen den Poststellen-Kahlschlag wehrte sie sich kaum. Sie wird von Hans Hollenstein präsiert. Der 2011 abgewählte Zürcher CVP-Regierungsrat wurde von Bundesrätin Doris Leuthard in der neu geschaffenen PostCom versorgt.

Mehr Lohn für Temporäre

BERN. Die Mindestlöhne für Temporärangestellte steigen nächstes und übernächstes Jahr je um 60 bis 75 Franken. Für Ungelernte bedeutet das eine Erhöhung um mehr als zwei Prozent pro Jahr. Darauf haben sich die Sozialpartner des Gesamtarbeitsvertrags im Personalverleih geeinigt. Die Verhandlungen seien schwierig gewesen, sagt Véronique Polito von der Unia-Geschäftsleitung. Im Frühling brachen die Arbeitgeber die Verhandlungen ab. Sie wollten die Arbeitszeiten noch weiter deregulieren. «Das ist vom Tisch», freut sich nun aber Polito. Noch besser: Die Sozialpartner einigten sich darauf, dass ab 2021 für Temporäre und Festangestellte die gleichen Mindestlöhne gelten sollen – und zwar dort, wo Gesamtarbeitsverträge nicht allgegenwärtig sind. Eine Arbeitsgruppe soll jetzt die Details ausarbeiten.

Salamitaktik bei Meyer Burger

THUN. Schon wieder ein Kahlschlag: Die Solarfirma Meyer Burger will weitere 100 Stellen streichen, in Forschung, Service und Vertrieb. Erst im letzten Herbst hatte die Firma die Produktion nach China verlagert – minus 250 Stellen in Thun. Unia-Mann Hilmi Gashi kritisiert die Salamitaktik beim Abbau und das Vorgehen des Managements scharf: «Die Mitarbeitenden haben erst aus den Medien von den Plänen erfahren.» Die Unia fordert, dass die Firma auf den Abbau verzichte. Rasch gehandelt hat der Kanton Bern: Er reagierte auf die Forderung der Unia und setzte die Taskforce wieder ein, die bereits letzten Herbst zum Einsatz kam.



LÄDEN RUNTER: Meyer Burger streicht 100 Stellen. FOTO: KEYSTONE



Das work-Interview mit James Bond
«Firmen verdienen sich Goldfinger»

Zürich, Limmatquai, Protest der Gärtnerinnen und Gärtner. Und plötzlich ist er da: Mister James Bond. work packte die Chance und schüttelte ihn.

CHRISTIAN EGG

work: Mister Bond, was machen Sie hier in Zürich?

James Bond: Ich wollte wieder einmal meine Geburtsstadt besuchen.

Wie bitte?

Of course. Meine Mutter war Schweizerin, aus dem Kanton Waadt. Dank ihr kann ich so gut französisch...

...Sie meinen die Sprache?
 Natürlich.

Jetzt sind Sie aber in eine Protestaktion der Gärtner und Gärtnerinnen reingeraten. Die wollen endlich mehr Lohn und mehr Ferien.

Die Firmen verdienen sich einen Goldfinger, ich weiss. Deshalb mag ich Aktionen, die die Welt aufschütteln und nicht nur rühren.

Haben Sie denn eine Beziehung zum Gartenbau?

Aber ja. Denken Sie nur daran, wie viele Männer ich schon unter die Erde gebracht habe.

Deshalb sind Sie da?

Ja, um ein Quantum Trost zu spenden. Denn du lebst nur zweimal!

Derzeit wird im Schweizer Gartenbau der Gesamtarbeitsvertrag neu verhandelt und...

Natürlich, die Blofelds wollen der Unia keine Lizenz zum Verhandeln geben. Casino Royal!

Mit Bösewichten kennen Sie sich ja aus.

Aber Blofeld und Doktor No, das waren wenigstens Profis.

Im Unterschied zu den Arbeitgebern von Jardin Suisse, wollen Sie sagen? Leben und sterben lassen!

Bitte?

Ein hübsches kleines Nichts, das Sie da beinahe anhaben!

Ich bitte Sie, Herr... Bond, mein Name ist...

Ja, ja, wir wissen's, James, der Sexist Bond.

Sehe ich aus wie jemand, den das interessiert?

Zurück zum Gesamtarbeitsvertrag im Gartenbau. Haben Geheimagenten eigentlich auch einen GAV?

Selbstverständlich, meine Mitwirkung by M. ist garantiert. Was sollte sie ohne mich auch anfangen?

Gartenbau: Verhandeln ohne die Gärtner

Zürich Film Festival, 29. September: Aus einer schwarzen Limousine steigt der Schauspieler Martin Langanke aus. Ein fast perfekter Doppelgänger des Bond-Darstellers Daniel Craig. Er gibt Autogramme, posiert für Selfies, winkt den Fans zu. Dann marschieren Gärtnerinnen und Gärtner der Unia auf. «Bond» schüttelt ihnen die Hand und beglückwünscht sie zu ihrem Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen.

Blumen in Abfallkübeln, aufgehängte Schuhe, ein Drei-Minuten-Streik: Die in der Unia organisierten Gärtnerinnen und Gärtner haben immer wieder mit originellen Aktionen für ihre Anliegen stark gemacht.

ABSURD. Mit dem Bond-Double wollen sie jetzt auf eine absurde Situation aufmerksam machen: Ende Jahr läuft im Gartenbau der geltende Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Deutschschweiz aus. Deshalb finden derzeit Verhandlungen statt. Allerdings ohne die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Gärtnerinnen und Gärtner. Denn der Arbeitgeberverband Jardin Suisse verhandelt nur mit dem von ihm geförderten Berufsverband «Grüne Berufe Schweiz». Der vertritt gerade mal rund 1000 Mitglieder. Die Unia, die dreimal mehr Mitglieder hat, will er nicht am Tisch haben. Die Gärtnerinnen und Gärtner in der Unia fordern bessere Löhne, fünf Wochen Ferien und einen flexiblen Altersrücktritt. Noch weigert sich Jardin Suisse, mit der Unia zu verhandeln. Die Gärtnerinnen und Gärtner bleiben dran. Denn sie wissen: Der Morgen stirbt nie. (che)

PHOTOS: UNIA



USA WOLLEN DIE UNRWA ZERSTÖREN

Als Uno-Sonderberichterstatte für das Recht auf Nahrung hatte ich einmal eine Begegnung in Yarmuk, einem palästinensischen Flüchtlingslager südlich von Damaskus, die ich nie vergessen werde. In einer Schulkantine sass ein kleiner palästinensischer Junge von vielleicht sechs Jahren vor einem Teller voll

Unser Parlament muss dringlichst dem inkompetenten Aussenminister Cassis das Handwerk legen.

Reis und schwarzen Bohnen. Er war sichtlich hungrig. Trotzdem

rührte er das Essen nicht an. Der mich begleitende Vertreter der UNRWA sagte: «Er hat Hunger, aber er will nicht essen. Er möchte die Nahrung mit seiner Familie teilen. Aber das verbieten wir, die Kinder müssen essen, hier. Die tägliche Schulmahlzeit ist oft die einzige solide Nahrung, die sie erhalten.»

ROSTIGE SCHLÜSSEL. UNRWA, das ist das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten. Die Organisation wurde 1949 geschaffen, um den über 750000 Palästinenserinnen und Palästinensern zu helfen, die damals von der siegreichen israelischen Armee aus ihren Dörfern vertrieben worden waren. Vier Generationen später leben heute 5,3 Millionen Menschen unter unwürdigen Bedingungen in den meist überfüllten Flüchtlingslagern im Westjordanland, in Gaza und den Nachbarstaaten Israels. Dort betreibt die UNRWA Schulen für über eine halbe Million Kinder. Dazu Spitäler, Kulturzentren, Bibliotheken oder Werkstätten. Allein das Schulsystem kostet jährlich über 800 Millionen US-Dollar. Davon bezahlte Washington im letzten Jahr 350 Millionen Dollar.

Am 17. September verkündete US-Präsident Donald Trump, sein Land werde ab sofort seine Beiträge an die UNRWA streichen. Denn gemäss Trump hält die Hilfsorganisation bei den Flüchtlingen die Hoffnung auf eine Rückkehr am Leben. Und tatsächlich: In Yarmuk und anderen Lagern habe ich sehr oft gesehen, dass an einer Wand der elenden Hütten ein alter, rostiger Schlüssel hing. Es war der Schlüssel des Hauses, aus dem die Menschen im heimatischen Palästina vertrieben worden waren.

DIE HOFFNUNG NEHMEN. Für Trump und die israelische Regierung darf es keine Rückkehr und damit keine Hoffnung und keine UNRWA geben. Ihr finanzieller Zusammenbruch wäre für die Palästinenserinnen und Palästinenser nach der Vertreibung, die sie «Nakba» (arabisch: Katastrophe) nennen, eine weitere Katastrophe.

Geführt wird die Hilfsorganisation seit 2014 vom klugen, mutigen Schweizer Pierre Krähenbühl. Er kämpft um den Fortbestand der Schulen, Schulspeisungen und der Spitäler. Die Schweiz hat die UNRWA bis anhin verlässlich und grosszügig unterstützt. Bundesrat Ignazio Cassis will das ändern. Er hat sich gegen das Recht auf Rückkehr der Palästinenser und damit wie Trump gegen die Arbeit der UNRWA ausgesprochen. Unser Parlament muss dringlichst dem inkompetenten Aussenminister das Handwerk legen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.



DER NEUESTE BOND-FILM: Plötzlich war er da! James Bond stattete den Unia-Gärtnerinnen und -Gärtnern einen Besuch ab. Hier geht's zum Film: wir-gaertner.ch/james-bond



DAS STRAHLEN DES LESENDEN ARBEITERS: Wenn die Knochen in der Pause auch schmerzen, das Hirn will Nahrung.



FUSSWERK: Mit schmutzigen Schuhen arbeitend über schmale Balken balancieren ist auch eine Kunst.



ALLES KLAR, KOLLEGEN? Gerade wenn's meistens laut ist, ist die Kommunikation wichtig.



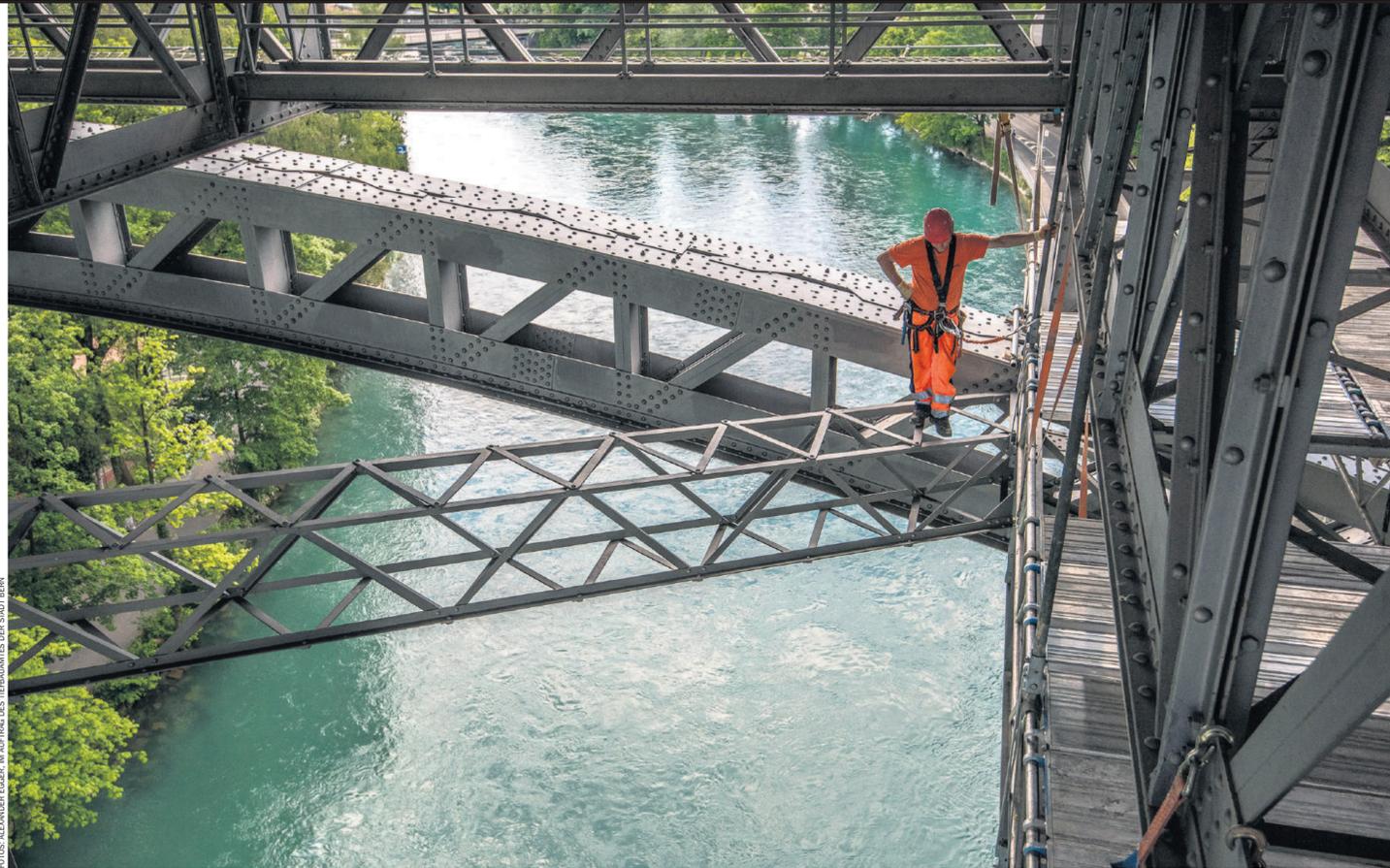
HALTUNG BRAUCHT LÖCHER: Was tragen soll, muss zuerst getragen werden. Das gilt bei Brücken ganz besonders.



ACHTUNG, HEISS: Asphalt riecht höllisch, ist schwarz wie die Nacht und kommt nur teuflisch heiss in die gewünschte Façon.



PASST: So grob das Gerät und die Teile auch sein mögen – verbaut werden müssen sie mit feinsten Präzision.



SCHWINDELFREI UND ECHT ÜBER DER AARE: Reale Arbeit an einer realen Brücke über einem realen Fluss. Da sieht jeder, was er macht. Und später alle, was sie gemacht haben. Nur nicht, wie.



SALÚ KOLLEGE: Doca Calderón verbrachte den Sommer auf der Kirchenfeldbrücke. Ferien waren's keine – die Laune trotzdem gut!



ACHTUNG, PFLUDI: Der Beton kommt mit einer Maschine aus einer Maschine. Aber Menschen verteilen.

Fotograf Alexander Egger hat die Renovation der Berner Kirchenfeldbrücke dokumentiert

Schnappschüsse von der Brücke

Men at work, Bauleute am Chrapfen: Das fasziniert Fotograf Egger seit Jahren. Jetzt hat er wieder zugeschlagen. Und wie!

CHRISTIAN EGG

Alexander Egger trägt Schuhe mit Stahlkappen. Er kommt gerade von der Baustelle der Kirchenfeldbrücke. «Sicher schon zwanzig Mal» sei er dort gewesen, jeweils für eine Stunde oder auch zwei, und habe die Menschen bei der Arbeit fotografiert. «Die Leistung dieser Menschen hat mich schwer beeindruckt», sagt der 72jährige Berner Fotograf. «Manchmal müssen sie im Liegen arbeiten und an einer unzu-

gänglichen Stelle etwas «grübele». Und sie müssen viel Dreck und Gestank aushalten.» Etwa beim Asphaltieren, «das stinkt grauhenhaft». Oder beim Abfräsen des alten Belags, das Unmengen an Staub freisetzt. Zum Glück für Egger hatten die Bauarbeiter starke Windmaschinen, um den Dreck wegzublasen. «Da habe ich mich hinter das Gebläse gestellt. So konnte ich aus der Nähe Fotos machen, ohne dass Staub in meine Kamera kam.»

NAH DRAN

Egger fotografiert oft Menschen bei der Arbeit, häufig im Auftrag der Unia und anderer Gewerkschaften. Die Kirchenfeldbrücke war nicht seine erste Grossbaustelle: Vor knapp zehn Jahren fotografierte er für die Unia die Neat-Baustelle in Sedrun GR und die Tunnelbauer. Den Auftrag für die Kirchenfeldbrücke erhielt er jetzt



«Ich musste nahe an die Bauleute heran.»

ALEXANDER EGGER

fangen worden: «Sofort stehen zwei oder drei zusammen und wollen aufs Foto. Da merkt man, die sind stolz auf ihre Arbeit.» Gibt es Frauen auf der Baustelle? Egger lacht. Auch die PR-Agentur, die die Stadt für den Bau engagiert habe, verlangte immer Bilder von Frauen. «Aber es

gab lange keine.» Bis plötzlich eine Arbeiterin einen Muldenkipper fährt. Egger drückt ab. Und hat schon wieder Glück: «Die Frau habe ich vorher und nachher nicht wieder gesehen.»

ES KITZELT

Auch unterhalb der Fahrbahn hat Egger fotografiert. Etwa die Gerüstbauer. Er sei ziemlich schwindelfrei, sagt er. «Aber die ersten paar Mal auf diesem schmalen Steg, und daneben geht's 30 Meter in die Tiefe, das hat schon ein bisschen «kitzelt.»

Die Kirchenfeldbrücke wurde 1883 erbaut, damit die Stadt nach Süden wachsen konnte. Die Kosten für den Bau übernahm eine englische Finanzgesellschaft. Im Gegenzug erhielt sie von der Stadt lukratives Bauland im damals noch un bebauten Kirchenfeld auf der anderen Seite der Aare. Dort entstand ein Reichen-Ghetto: Bot-

schafter, Architekten, Rechtsanwälte. Zeitweise wohnten sämtliche Regierungsräte des Kantons Bern im Kirchenfeld. Der elegante Bau aus Stahlbögen war billiger als eine Steinbrücke. Aber die moderne Konstruktion war vielen Bernerinnen und Bernern nicht geheuer. Wenn Soldaten im Gleichschritt darüber gingen, schwankte sie. Gingen Pferde darüber, hüpfte sie. Als ab 1901 das erste Tram über die Brücke fuhr, wurden die Stahlpfeiler deshalb mit Beton verstärkt.

Dieser Beton weist heute Schäden auf und muss repariert werden. Auch von den rund 250 000 Nieten, die den Stahl zusammenhalten, müssen viele ersetzt werden. Zwar rollt seit kurzem der Verkehr wieder über die Brücke, die Arbeiten unterhalb der Fahrbahn dauern aber noch bis Januar. Danach, so die Stadt Bern, soll die Brücke wieder 80 Jahre halten.



ACHTUNG, NOCH HEISSER: Mit Feuer, Sturm und Flut gegen Überläufer, Ausreisser und Wegschmierer. Saubere Bütz fordert vollen Einsatz der gezähmten Elemente.



NICHT-ARBEITER BITTE DRAUSSEN BLEIBEN: Die Kirchenfeldbrücke war vom 23. Juli bis zum 15. Oktober für den Verkehr gesperrt. Und von wegen langsame Berner: Die Sanierung dauerte rund vier Wochen weniger lang als ursprünglich geplant.



POESIE DER ARBEIT: Während der Sanierung war die Kirchenfeldbrücke eingepackt und in der Nacht illuminiert. Die Baustelle wurde zum temporären Kunstwerk – geschaffen von Arbeitern, ganz ohne Christo. Wer es sah, war im Klee. Blick über die Badgasse Richtung Westen.

Am 25. November stimmen wir über die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative ab Nebelpetarden der SVP in Orange

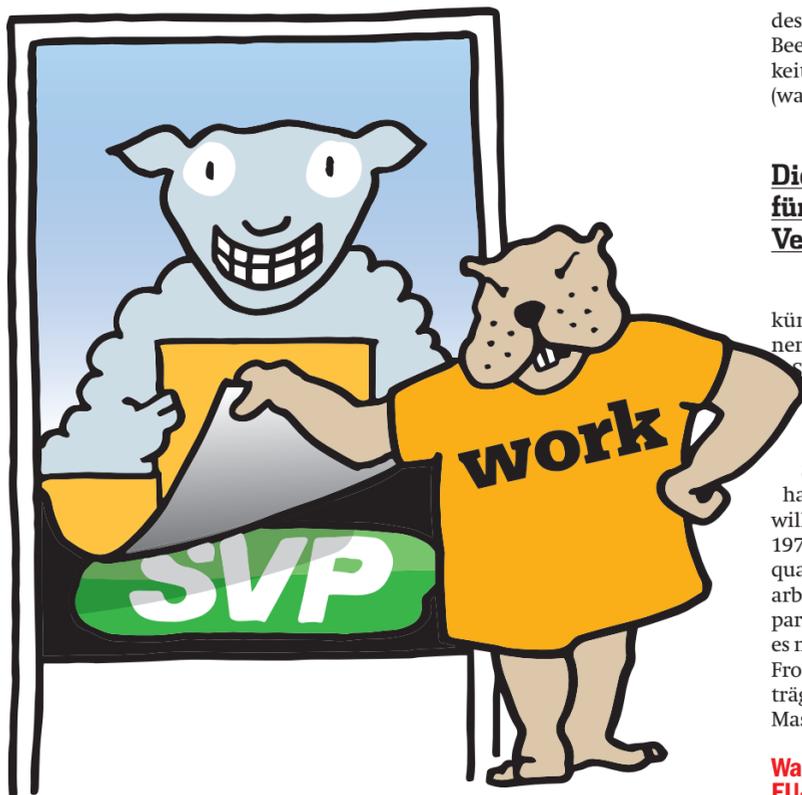
Um ihre gefährliche Anti-Menschenrechts-Initiative durchzubringen, spielt die SVP mit gezinkten Karten und vermischt alles mit allem. Eine Entwirrung.

CLEMENS STUDER

Die aktuelle SVP-Initiative: Gegen die Menschenrechte

Nächsten Monat stimmen wir über die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative ab. Diese hat die SVP lanciert, weil es ihr nicht passt, dass auch ein Volksentscheid korrigiert werden muss, wenn er Menschenrechte verletzt. Ein besonderer Dorn im Auge ist den Rechten die Unabhängigkeit der Schweizer Bundesrichterinnen und Bundesrichter – und dass sich diese bei der Urteilsfindung auf die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) berufen können. Und dass sich Menschen, die sich in der Schweiz von Gerichten unkorrekt behandelt fühlen, am europäischen Gerichtshof ein abschliessendes Urteil verlangen dürfen. Wie wichtig das ist, zeigt zum Beispiel der Skandal um die Asbestopfer (siehe Seite 11).

Weil die SVP inzwischen gemerkt hat, dass ihre Wut auf die Menschenrechte bei der Mehrheit schlecht ankommt, wirbt sie jetzt quasi unter falscher Flagge für ihre Initiative: Es gehe um die Rettung der direkten Demokratie, behauptet sie, dabei will die Initiative die Kündigung der EMRK und Hunderter für die Wirtschaft zentraler Verträge. Dafür wirbt die SVP auf anonymen orangen Plakaten, was vor allem die CVP auf die Palme bringt, weil das ihre Hausfarbe ist.



BIBERLI MEINT: «Die Rechten und Netten? Chasch danke!» ILLUSTRATION: ROLF WILLI

Die eingereichte SVP-Initiative: Gegen den Arbeitnehmerschutz

Darf man eine SVP-Initiative auch mal rühmen? Ja, die Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung muss man sogar ausdrücklich loben. Nicht für den Inhalt, der ist katastrophal.

Sondern dafür, dass sie seit Jahrzehnten die einzige ehrliche Initiative der Blocheristen ist. Keine Vortäuschung von Tatsachen, keine widersprüchlichen und nicht umsetzbaren Formulierungen – einfach fadegrad. Nach Annahme der Initiative hat der Bun-

desrat ein Jahr Zeit, um mit der EU die Beendigung der Personenfreizügigkeit auszuhandeln. Gelingt das nicht (was klar ist), muss er das Abkommen

Die SVP will Hunderte für die Wirtschaft wichtige Verträge kündigen.

kündigen. Neue Verträge zur Personenfreizügigkeit sind verboten. Die SVP will zurück zur unmenschlichen und untauglichen Kontingentspolitik die ab dem Zweiten Weltkrieg sämtliche in der Schweiz bezahlten Löhne gedrückt hatte (rebrand.ly/arbeitsmarkt). Sie will zurück zur Baracken-Schweiz der 1970er Jahre, und sie will zurück zur quasi institutionalisierten Schwarzarbeit. Das alles wollte die Milliardärpartei schon lange, nur so offen hat sie es noch nie gesagt. Die Initiative ist ein Frontalangriff auf die bilateralen Verträge und damit auf die flankierenden Massnahmen.

Was hat das alles mit dem EU-Rahmenabkommen zu tun?

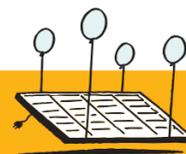
Nichts – und doch einiges. Die SVP versucht, den gewerkschaftlichen Widerstand gegen die Aufweichung der flankierenden Massnahmen zu vereinnahmen. Zur Erinnerung: Der SGB hält – in Übereinstimmung mit dem Gesamtbundesrat – daran fest, dass der Schweizer Lohnschutz nicht Teil des EU-Rahmenabkommens sein darf. Die SVP-Rhetorik ist doppelt hinterhältig. Einerseits, weil das linke

Nein zu den Abbauplänen der beiden FDP-Bundesräte (und einiger Wirtschaftsverbandsideologen) kein isolationistisches Nein ist. Im Gegenteil: die Schweizer Gewerkschaften werden dabei von den europäischen Gewerkschaften unterstützt, die sich ebenfalls für den Schutz vor Lohndumping unter dem Deckmantel der Personenfreizügigkeit einsetzen. Andererseits, weil führende SVP-Vertreterinnen und -Vertreter, darunter EMS-Milliardärin und Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, noch im vergangenen Februar vor die Medien traten und gegen die Personenfreizügigkeit mit der EU damit argumentierten, dass die Flankierenden die Lohnabhängigen zu gut schützen würden.

AUGEN AUF!

Das Beharren von Gewerkschaften und SP auf wirksamem Schutz der Schweizer Arbeitsbedingungen ist keine unheilige Allianz mit der SVP. Der SGB ist nicht die «neue Auns von links». Im Gegenteil. Das Nein der SVP zur Menschenrechtskonvention, zu den bilateralen Verträgen im allgemeinen und der Personenfreizügigkeit im besonderen ist nationalistisch und arbeitnehmerfeindlich. Die Absage der Gewerkschaften und der linken Parteien an Verhandlungen zum Abbau des Lohnschutzes dagegen ist im Interesse aller Arbeitnehmenden in der Schweiz – unabhängig von Nationalität und Wohnort. Das Nein der Gewerkschaften, der Linken und der Mitte zur Anti-Menschenrechts-Initiative ist im Interesse aller, die keine Milliarden haben, um sich «ihr Recht» zu kaufen.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Ausstieg aus der Braunkohle: Der Hambacher Forst ruft

In Deutschland spitzt sich der Kampf um die Braunkohle zu. Das Schlachtfeld heisst Hambacher Forst. Dank der dort angewandten Baumhaus-Guerrilla-Taktik könnte Deutschland den Ausstieg aus der Braunkohle schaffen.

Noch wird weltweit viel zu viel Strom mit Braunkohle produziert. Meist in Kraftwerken mit einem schlechten Wirkungsgrad. Diese Kombination ist ökologisch fatal: Verglichen selbst mit einem Gaskombiwerk, stösst das Braunkohlewerk pro produzierte Kilowattstunde rund viermal mehr CO₂ in die Luft.

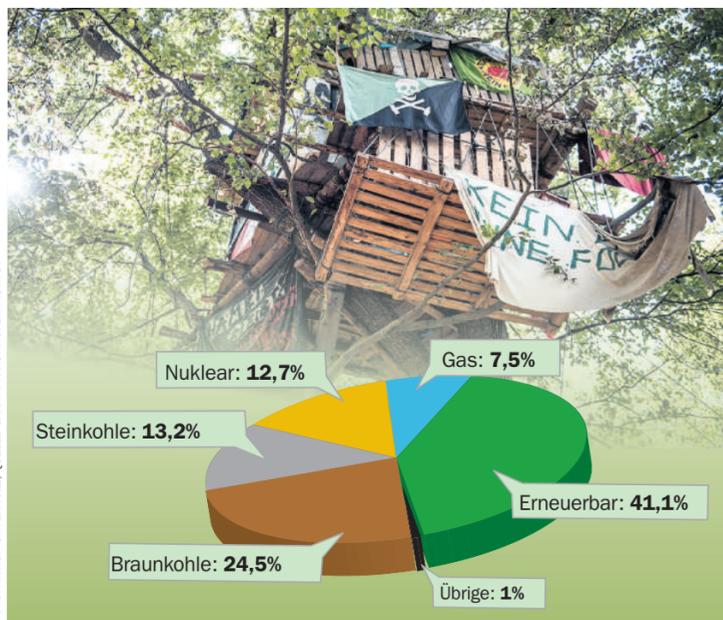
Deutschland steigt im Gegensatz zur Schweiz aus der Atomenergie aus. Deutschland produzierte letztes Jahr 36 Prozent seines Stroms mit Wind, Sonne und Biogas. Tendenz steigend. Wenn die Schweiz vergleichbar viel Strom aus neuen erneuerbaren Energien produzieren würde, hätten wir in Sachen Strom den ökologischen Umbau bereits hinter uns. Weil wir 60 Prozent unseres Verbrauchs mit Wasserkraft produzieren. Und erst noch grosse Speicher haben, die bei Dunkelflaute Strom ins Netz speisen können.

Dunkelflaute bedeutet: Es weht wenig Wind, und die Sonne versteckt sich hinter den Wolken. Und beides gleichzeitig. Kommt nicht sehr häufig vor, aber kommt eben vor. Und dagegen helfen national und international unter anderem

gut gefüllte Stauseen, die nur angezapft werden, wenn dieser Fall eintrifft.

SPD SPINNT. Jetzt spitzt sich der Kampf um die Braunkohle in Deutschland zu. Die SPD hat den Kompass verloren. Ihre oberste Chefin Andrea Nahles wehrt sich gegen die schnelle Stilllegung der Braunkohlekraftwerke: «Für eine Blutgrätsche gegen die Braunkohle steht die SPD nicht zur Verfügung. Wir können diese Technologie nicht einfach abknippen. An der Kohle hängen Lebensläufe und ganze Regionen.» Von einer Blutgrätsche spricht man, wenn im Fussball «mit voller Absicht der Gegenspieler getreten wird, ohne dass eine Chance besteht, den Ball zu treffen». So weit Wikipedia.

Jeder Konflikt braucht und findet in der Regel seine Schlachtfelder, Richter, Symbole und Zuspitzungen. In Deutschland ist dies der Hambacher Forst. Der Energiekonzern RWE will ihn abholzen, um noch mehr Kohle mit Braunkohle zu machen. Gegner und Gegnerinnen der Braunkohle versuchten, den Wald zu retten. Mit einer Baumhaus-Guerrilla-Taktik. Das Land Nordrhein-Westfalen marschierte relativ erfolgreich mit viel Polizei und schwerem Gerät an. Für einen Moment schien der Kampf entschieden. Doch dann stoppte das Oberverwaltungsgericht Münster



WEG MIT DER BRAUNKOHLE: Die Aktionen gegen die Abholzung im Hambacher Forst werden Deutschland dazu bringen, einen noch grösseren Anteil der Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen zu generieren.

den behördlichen Wahnsinn. Nun darf bis 2020 kein Baum mehr gefällt werden.

WIE WÄR'S? Viele gehen davon aus, dass Deutschland bis 2022 nicht nur den Ausstieg aus der Atomenergie schaffen wird, sondern bis 2030 auch jenen aus der Braunkohle. Weil SPD-Nahles die Zeichen der Zeit

nicht erkennt, gewinnen in Deutschland die Grünen politisch an Boden.

Was wäre, wenn wir gelegentlich unsere Atomkraftwerke abstellen würden? Die Befürworter der Atomenergie würden dagegen ins Feld führen, wir müssten dann dreckigen deutschen Braunkohlestrom importieren. Ihr Pech: Bis es so weit ist, gibt es diesen nicht mehr.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/Stauseen Edwin Somm – der Papa von Blocher-Biograph und Ex-Chef der «Basler Zeitung», Markus Somm – fordert in der NZZ, dass die Schweiz die Stauseen füllt und erst anzapft, wenn Europa den Strom braucht. Und zusätzlich Gas-Dampfkraftwerke baut. Alles nicht ganz falsch, weil man mittelfristig mit Überschussstrom Gas produzieren kann.

● rebrand.ly/Alpiq Kiel produziert mit Gas und Jensbacher Motoren gleichzeitig Strom und Wärme. Die Anlage geplant und gebaut hat jener Teil des Alpiq-Unternehmens, der nach Frankreich verkauft wurde.

● rebrand.ly/Elfmeter Das «Handelsblatt», das Leibblatt des deutschen Kapitals, stellt etwas resigniert fest: «Die Argumente sprechen am Samstag fast geschlossen für die Klimaschützer. Das Urteil entkräftet nicht nur die Kohleunternehmen, sondern verschafft den Aktivisten einen Elfmeter für die anstehenden Gespräche in der Kohlekommission.»

● rebrand.ly/MiloRau Milo Rau, der geniale Schweizer Regisseur, feierte mit 50 000 Demonstrierenden den Sieg über die Braunkohle. Und schrieb dazu in der «Sonntagszeitung»: «Übrigens wurde die Abholzung des Hambacher Forsts gestoppt. Nicht wegen unserer Proteste oder anderer Heldentaten: Forscher haben eine seltene Fledermaus im Forst entdeckt... Danke, Fledermaus! ¡No pasarán!» Alles erinnert uns etwas an die Chaostheorie und den Flügelschlag des Schmetterlings im Amazonasbecken.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

SVP-Selbstbestimmungsinitiative will Menschenrechte abschaffen

Das Vermächtnis von Asbest-Opfer Hans Moor

Monteur Hans Moor starb an Asbest. Doch erst der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg gab seiner Familie recht. Ein neues Buch erzählt die Geschichte der erfolgreichen Klagen.

RALPH HUG

Niemand kannte die Dampfturbinen so gut wie Hans Moor, Servicetechniker bei ABB. Wusste man irgendwo auf der Welt nicht mehr weiter, so rief man ihn an. Selbst mitten in der Nacht. Dann fragte Moor jeweils: «Mach den Deckel auf – was steht da für eine Nummer drauf?» Moor hatte alle Turbinenpläne im Kopf und wusste bald, welches Ventil zu lösen war, damit die Turbine wieder lief. Das ging so bis 2005 – als Hans Moor im Alter von 57 Jahren starb.

Er hatte jahrelang bei der Arbeit Asbeststaub eingeatmet. Erst später wurde ihm bewusst, wie gefährlich das gewesen war. Zu spät. Moors Diagnose hiess «bösesartiges Lungenkarzinom, ausgelöst durch Asbest». Es folgten Notaufnahmen, Operationen, Chemotherapie. Und immer wieder heftige Schmerzen. Zuletzt war der Krebs stärker. Kurz vor seinem Tod verfasste Moor noch die eigene Todesanzeige. Und seiner Frau Renate nahm er das Versprechen ab, die Klage weiterzuziehen. Gemeinsam mit seinem Anwalt David Husmann hatte er den Konzern Alstom (Nachfolger von ABB) verklagt: Dieser habe ihn und seine Arbeitskollegen nicht über das ge-

Die Schweizer Gerichte stellten sich gegen die Opfer-Rechte.

fährliche Asbest informiert. Deshalb forderte Moor eine Entschädigung.



CHRAMPF UND KAMPF: Hans Moor und Renate Howald Moor erfuhren erst vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Gerechtigkeit. Da war Hans Moor schon tot – gestorben an den Folgen seiner Arbeit mit Asbest. FOTOS: SRF

SUVA VERWEIGERTE SICH

Doch alle Gerichte wiesen die Klage ab. Der Fall sei verjährt. Entscheidend für die Frist könne nur der Ausbruch der Krankheit sein, sagte Anwalt Husmann. Doch das Argument fand kein Gehör. Selbst den obersten Schweizer

Richtern in Lausanne war die «Rechtsicherheit» wichtiger. Auch die Suva stellte sich taub. Dabei war der Versicherung die Gefahr von Asbest schon seit Jahrzehnten bekannt. Da blieb nichts anderes als der Gang nach Strassburg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

98 von 100 Fällen nimmt der Gerichtshof gar nicht an, weil er sie für

nicht relevant hält. Moors Fall aber war relevant. Im März 2014 kam das grosse Aufatmen: Strassburg gab Moors Familie recht. Durch die bundesgerichtliche Praxis der Verjährungsfrist sei der faire Zugang zum

Ohne das europäische Urteil hätten Firmen nicht eingelenkt.

Gericht missachtet worden. Auch Asbestopfer hätten ein Recht auf wirkliche Klagen. Moors Recht wurde so nachträglich gewahrt. Und das war für die Familie das Wichtigste. Viel wichtiger als die Entschädigung, die ihr Alstom in einem Vergleich zugestehen musste. Das Urteil hatte Folgen. Unter dem Druck von weiteren Klagen musste die Industrie einlenken. Das Ergebnis ist ein Asbest-Fonds, aus dem heute Opfer ohne lange Prozesse entschädigt werden können. Durch den ehemaligen Co-Präsidenten Vasco Pedrina war die Unia an der Errichtung des Fonds massgeblich beteiligt (rebrand.ly/wirtschaft-muss-zahlen).

SCHWEIZ BRAUCHT STRASSBURG

Der Fall Moor ist einer von neun erfolgreichen Prozessen, die in dem neuen Buch «Frau Huber geht nach Strassburg» nachzulesen sind. Die beiden Herausgeber, der Schaffhauser SP-Oberrichter Kilian Meyer und der Journalist Adrian Riklin (WOZ), zeigen auf, wie wichtig der Gerichtshof in Strassburg für die Wahrung der Menschenrechte auch in der Schweiz ist. Und dass es eine Katastrophe wäre, wenn die Selbstbestimmungsinitiative der SVP am 25. November an der Urne durchkommen würde. Denn diese zielt direkt auf die Entmachtung des Gerichtshofs ab. Zum Schaden der Menschenrechte in der Schweiz.

Kilian Meyer, Adrian Riklin (Hg.): **Frau Huber geht nach Strassburg.** Die Schweiz vor dem Gerichtshof für Menschenrechte. WOZ-Verlag, Zürich 2018, CHF 22.–.

68 als Kunst-Revolution Explosion der Ideen

1968 war ein Jahr der Wende. Vor allem in den Köpfen. Theorien, Ideen, Utopien, Kunst, Phantasie – alles explodierte. «Stell dir vor, es wäre ganz anders.» Diese Zeile aus dem John-Lennon-Song «Imagine» prägte eine ganze Generation. Diesen Geist sucht die neue Ausstellung im Landesmuseum erfahrbar zu machen. In Form einer grossen



Alex Sadkowsky: «Grosses Kaninchen», 1968. FOTO: SCHWEIZ, NATIONALMUSEUM

Collage lässt sie die Eruptionen jener Jahre Revue passieren. Mit Plakaten, Objekten, Bildern, Filmen und Kunstwerken. Darunter hochkarätige von Andy Warhol, Claes Oldenburg, Franz Gertsch oder Alex Sadkowsky. Pop-Art und politische Kunst geben sich im Design der 1960er ein überraschendes Stelldichein.

Imagine 68. Das Spektakel der Revolution, Landesmuseum Zürich. Bis 21. Januar 2019.

Landesstreik 1918 Auf der Höhe der Zeit

Seit Willi Gautschis berühmter Abhandlung vor 50 Jahren gab es kein umfassendes Geschichtsbuch mehr zum Landesstreik 1918. Einen neuen Massstab setzt jetzt das Werk der Historiker Roman Rossfeld, Christian Koller und der Historikerin Brigitte Studer. Es versammelt Beiträge aus der aktuellen Forschung zum Landesstreik und bietet moderne Perspektiven. Wenig beleuchtete Aspekte wie der internationale Kontext, die Hungersnot, die miesen Wohnverhältnisse, die Militanz von Frauen, die Revolutionsängste des Bürgertums oder das Aufkommen von Bürgerwehren sind ausführlich dargestellt.

Roman Rossfeld, Christian Koller, Brigitte Studer: **Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918.** 460 Seiten, Verlag Hier und Jetzt, Zürich, CHF 49.–. **Vernissage am 25. Oktober in Zürich und am 27. Oktober in Bern.** www.hierundjetzt.ch

work1x1 der wirtschaft

David Gallusser



REICHTUM: WER HAT, DEM WIRD GEGEBEN

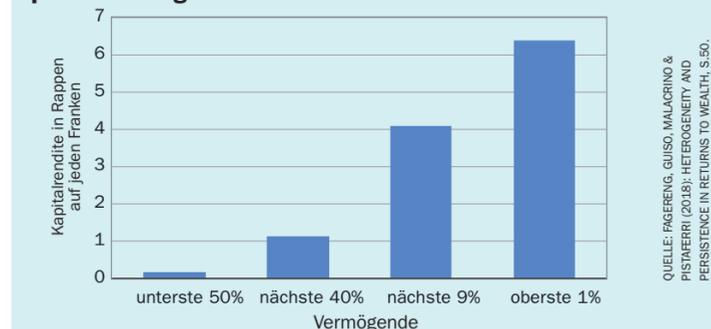
Die Vermögen sind sehr ungleich verteilt. In der Schweiz besitzen die reichsten 2 Prozent so viel steuerbares Vermögen wie die restlichen 98 Prozent. Diese starke Konzentration der Vermögen befeuert die Einkommensungleichheit. Und sie kann die Vermögenskonzentration von selbst weiter verstärken. Der Grund sind die Vermögenserträge. Wenigen Reichen fallen grosse Kapitalerträge zu. Die grosse Mehrheit erhält hingegen meist nur wenig Zinsen oder Dividenden. Das erlaubt den Besitzenden grosser Vermögen immer weiter davonzuziehen.

HÖHERE RENDITEN. Neue Studien aus Skandinavien zeigen, dass die Reichen nicht nur in absoluten Beträgen viel mehr erhalten, sondern auch auf jedem Franken Vermögen. Die Unterschiede sind eindrücklich: Während die «ärmere» Hälfte der norwegischen Bevölkerung auf jedem Franken Finanzvermögen in ihrem Besitz pro

Jahr durchschnittlich 0,2 Rappen Ertrag erzielt, sind es beim reichsten Prozent 6,4 Rappen. Eine ähnliche Untersuchung für Schweden rechnet vor, wie diese höheren Renditen die Vermögen der reichsten Schwedinnen und Schweden seit den 1980er Jahren stetig vergrössert und so die Vermögensschere geöffnet haben.

VIELE AKTIEN. Hinter den ungleichen Renditen steckt die Zusammensetzung der Vermögen. Wer nur wenig besitzt, hat das Vermögen zu grossen Teilen auf dem Bankkonto, das heutzutage kaum Zinsen abwirft. Wer mehr besitzt, leistet sich oftmals Wohneigentum. Neben möglichen Wertsteigerungen wirft das Eigenheim in der Regel keinen Ertrag ab. Höhere Rendite gibt es erst, wenn man ein grösseres Risiko eingehen kann und in Aktien, Fonds oder andere Finanzprodukte investiert. Dazu braucht es aber ein dickeres finanzielles Polster, das einem erlaubt, die möglichen Ver-

Sparen & Anlegen: Nur für Reiche rentiert's wirklich



Durchschnittliche Kapitalrendite (alle Zinsen, Dividenden, Erträge anderer Finanzprodukte, Gewinne aus privaten Unternehmen und Kapitalgewinne) in Rappen auf jedem Franken Finanzvermögen pro Jahr nach Vermögensklasse, Norwegen, 2005–2015.

luste wegzustecken. Deshalb finden sich risiko- und renditereiche Anlagen häufiger bei Vermögenden. Die Superreichen wie die 5000 Familien in der Schweiz mit mehr als 20 Millionen Franken Vermögen haben schliesslich Zugang zu besonders vorteilhaften Finanzdienstleistungen. Zudem ge-

hören ihnen oft relevante Anteile rentabler Firmen, deren Gewinne sie beziehen können. Zum Beispiel die Familie Blocher: Allein 2017 kassierte sie 300 Millionen Franken EMS-Dividenden.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.

Moore vs. Trump Lügner und Rassist

In seinem neuen Doku-Politfilm «Fahrenheit 11/9» nimmt der Linkskaktivist Michael Moore das Trump-Regime auseinander. Moore hatte den Wahlsieg von Trump 2016 als einer der wenigen kommen sehen. Und er nimmt kein Blatt vor den Mund. Er titulierte den US-Präsidenten als Tyrannen, Lügner und Rassist. Aber er geht auch den Gründen nach, die Trump möglich machten. Und landet bei einer gewohnt ätzenden Gesellschaftskritik, die vorführt, wie schlecht es um «Great America» infolge der skrupellosen Herrschaft des Geldes wirklich bestellt ist. Der Filmtitel spielt auf Trumps Wahlsieg-Verkündigung am 11. November an und ist eine Anlehnung an den berühmten Film von François Truffaut «Fahrenheit 451», der eine albraumhafte Zukunft schildert.

Michael Moore: Fahrenheit 11/9. 128 min. Läuft in diversen Kinos.



Das offene Ohr

David Aeby
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Zivildienst: Muss ich Wehrpflichtersatz zahlen?

Ich mache Zivildienst. Gemäss Gesetz müsste ich einen langen Einsatz von sechs Monaten und dann jedes Jahr vier Wochen Zivildienst leisten. Solche Kurzeinsätze mache ich allerdings nicht. Denn viele Einsatzbetriebe, zu denen ich gerne ginge, verlangen Einsätze von mindestens zwei oder drei Monaten. Jetzt bekomme ich vom Staat in den Jahren, in denen ich keinen Einsatz leiste, jeweils eine Rechnung für Wehrpflichtersatz. Muss ich diesen zahlen? Und falls ja: Erhalte ich diesen irgendwann zurückerstattet?

DAVID AEBY: Ja, aber Sie erhalten ihn am Ende Ihrer Dienstpflicht zurückerstattet. Zivildienstleistende müssen grundsätzlich keinen Wehrpflichtersatz zahlen. Im Gegensatz zu Zivilschutzleistenden und fürs Militär Untaugliche leisten Sie ja Ihre Wehrpflicht, einfach als zivilen Ersatzdienst anstatt als Militärdienst.



EINSATZ:
Zivildienstleistende müssen grundsätzlich keinen Wehrpflichtersatz bezahlen.

FOTO: KEYSTONE

Der Staat ist jedoch verpflichtet, von allen Dienstpflichtigen Wehrpflichtersatz einzutreiben, wenn sie in einem Jahr die vorgesehenen drei Wochen WK oder vier Wochen Zivildienst nicht gemacht haben. Nachdem Sie Ihre gesamte Zivildienstpflicht absolviert haben, erhalten Sie Ihren Wehrpflichtersatz zurückerstattet. Ihr Regionalzentrum schickt Ihnen dazu unaufgefordert ein entsprechendes Formular, das Sie der Wehrpflichtersatzbehörde weiterleiten können.

Jobwechsel: Darf ich vor Ablauf der Kündigungsfrist gehen?

Mir wurde ab Dezember ein neuer Job versprochen. Da ich bei meiner jetzigen Stelle einen Monat Kündigungsfrist habe, müsste ich noch im Oktober die Kündigung einreichen. Allerdings wurde mir noch kein Arbeitsvertrag zugesandt. Soll ich trotzdem meinen alten Job kündigen oder noch warten?

DAVID AEBY: Beides ist riskant. Wenn Sie Ihren aktuellen Job einfach vor Ablauf der Kündigungsfrist verlassen, droht Ihnen eine Schadenersatzklage ihres bisherigen Arbeitgebers. Diese beträgt im Normalfall bis zu einem Viertel Ihres Monatslohnes. Sie kann aber auch höher ausfallen, falls Ihr Arbeitgeber wegen Ihres Ausfalls einen grossen Schaden erleidet. Wenn Sie Ihre jetzige Stelle kündigen und die neue Firma Sie entgegen ihrer Zusage doch nicht einstellt, dann können Sie Schadenersatz aus sogenannter Vertrauenshaftung verlangen. Allerdings kann es schwierig zu beweisen sein, dass sie Ihnen die Stelle tatsächlich versprochen hat. Auch fragt sich, was Sie denn überhaupt als Schadenersatz verlangen könnten. Sicher Ersatz für Ihre Aufwendungen fürs Vorstellungsgespräch und allenfalls die Differenz zwischen Arbeitslosentaggeldern und ihrem vorherigen Lohn. Aber für wie lange Sie dies fordern können, ist schwer zu sagen. Denn der neue Arbeitgeber hätte Sie ja theoretisch auch einstellen und in der Probezeit wieder entlassen können. Am besten bitten Sie die neue Firma, Ihnen den Arbeitsvertrag möglichst schnell zukommen zu lassen.

Krankenkasse: Mehr Durchblick im Prämienschungel

Teurer heisst nicht besser.

Die obligatorische Krankenpflegeversicherung bietet allen die gleiche Leistung. Trotzdem sind die Prämien von Kasse zu Kasse verschieden. Warum das so ist – und warum es sich nicht lohnt, bei einer teuren Kasse auszuharren.

MARTIN JAKOB

Im Prinzip eine gute Sache, die 1996 eingeführte obligatorische Krankenpflegeversicherung. Denn sie stellt sicher, dass alle Menschen in der Schweiz im Krankheitsfall medizinisch ausreichend versorgt sind und die Kosten tragen können, ohne zu verarmen.

Nur hat die Politik damals mit dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) ein wahres Tarifmonster gebastelt. Die Föderalisten sorgten dafür, dass die Prämien von Kanton zu Kanton anders sind. Die Gutverdiener verhinderten, dass die Prämie abhängig vom Einkommen und damit auch sozial gerecht berechnet wird. Stattdessen gilt die vom Einkommen unabhängige Kopfprämie. Und die Marktwirtschaftler setzten durch, dass eine Vielzahl von Kassen statt einer Einheitskasse das Einheitsprodukt

250 000 verschiedene Tarife für die normierte Grundversicherung!

Grundversicherung anbietet. «Wir brauchen Wettbewerb, dann wird's billiger!» behaupteten sie.

Billiger ist's nicht die Bohne, aber unübersichtlich. 51 Kassen (Stand 2019) bieten in den verschiedenen Prämienregionen und Altersgruppen mit unterschiedlichen Kostenmodellen total 250 000 unterschiedliche Tarife an, hat das Bundesamt für Gesundheit (BAG) errechnet.

GROSSE DIFFERENZEN

Denn zu den vom Gesetz gewollten Prämienunterschieden kommen jene hinzu, über welche die einzelne Person entscheidet:

- Bei höherer Eigenbeteiligung an den Kosten (Wahlfranchise) sinkt die Prämie.
- Mit allerlei Pfortnermodellen, die den Zugang zu kassenpflichtigen Leistungen regulieren, lässt

sich ebenfalls Prämie sparen. Zu diesen Pfortnermodellen zählen das Hausarztmodell, die Telemedizin und andere.

- Mit einer Bonusversicherung lassen sich Prämien sparen, wenn man über Jahre keine Leistungen beansprucht.

Aber wer nun beginnt, die Prämien der über 50 Kassen untereinander zu vergleichen, stellt fest: Auch wenn Gleiches mit Gleichem verglichen wird, liegen die Prämien der Anbieter markant auseinander. Zum Beispiel das klassische Versicherungsmodell mit 300 Franken Franchise und freier Arztwahl. Das sieht für eine 40jährige Person im Kanton Aargau (2019) so aus: Teuerste Versicherung ist Kolping, Monatsprämie 479 Franken. Günstigste Kasse ist Agrisano Brugg, Monatsprämie 377 Franken. Differenz 102 Franken pro Monat. In anderen Prämienregionen können die genannten Anbieter günstiger oder teurer sein, die Unterschiede sind aber überall beträchtlich. Was bieten teure Kassen denn mehr als die billigen?

GRÜNDE WIE SCHEINRIESEN

Wer bei seiner (teuren) Kasse nachfragt, weshalb die Prämie denn so hoch sei, bekommt mancherlei zu hören – darunter Argumente, die den Charakter von Scheinriesen haben. Je näher man sie betrachtet, umso mehr schrumpfen sie.

- **«Unser Service ist halt besser»:** Mag ja sein, dass der Service zukommend ist. Eine massive Prämienunterschied lässt sich daraus aber nicht erklären. Denn die Verwaltungskosten der Kassen liegen im Mittel bei etwa fünf Prozent der Ausgaben, die Bandbreite bei den grösseren Kassen reicht von gut drei bis etwa sechs Prozent.
- **«Wir haben sehr hohe Reserven»:** Reservehaltung ist den Kassen vorgeschrieben. Hohe Reserven bedeuten, dass eine Kasse auf mehr Winterspeck sitzt als andere. Aber



WORKTIPP

PRÄMIEN RECHNEN

Möchten Sie die Prämien Ihrer Kasse mit anderen vergleichen? Einen werbefreien und stockseriösen Vergleichsrechner offeriert das Bundesamt für Gesundheit auf seiner Website: rebrand.ly/praemienrechner

setz. Über die Frage, was nun unter die Zahlungspflicht der Kasse falle und was nicht, entscheiden im Zweifelsfall Fachgremien und Gerichte, nicht die Kasse.

VIEL JUNG, VIEL BILLIG

Den wichtigsten Grund für die Prämienunterschiede bilden die von Kasse zu Kasse unterschiedlichen Versichertengemeinschaften. Je mehr junge und gesunde Versicherte eine Kasse hat, desto tiefer kann sie die Prämie halten. Und je mehr ältere und häufiger kranke Versicherte sie hat, desto höhere Kosten muss sie über die Prämie refinanzieren.

Zwar besteht zwischen den Kassen ein Risikoausgleich: Wer besonders hohe Kosten hat, be-

überdurchschnittlich hohe Reserven können für die Versicherten allenfalls in späteren Jahren vorteilhaft sein, wenn die Kasse nach einem schlechten Jahr nicht gleich die Prämien stark erhöhen muss. Jetzt, für das kommende Jahr, sind die Prämien festgelegt, und die Prämienzahler im Jahr 2019 haben nichts vom Winterspeck. Der Vorteil ist also rein theoretisch.

- **«Wir sind auch mal kulant»:** Ein ganz gefährliches Argument. Schliesslich ist der Leistungskatalog der Grundversicherung Ge-



BALD IST ES SO WEIT: Während der Schwangerschaft gelten für stehende Tätigkeiten eingeschränkte Zeiten – ab dem sechsten Monat höchstens vier Stunden. FOTO: KEYSTONE

In der Schwangerschaft haben Sie Zuerst kommt die

Während der Schwangerschaft und bis 16 Wochen nach der Geburt stehen Sie unter Kündigungsschutz – und haben ein Recht auf spezielle Rücksichtnahme.

MARTIN JAKOB

Ihr Gefühl hat Sie nicht getäuscht. Die Frauenärztin hat's bestätigt: Sie sind schwanger! Die Freude ist gross, und Sie teilen sie gern mit der Familie und Freunden – aber muss auch die Firma davon erfahren?

Die Rechtslage ist klar: Ihr Körper ist grundsätzlich Privatsache, und Sie haben das Recht, Ihre Schwangerschaft zu verschweigen. Es ist aber ratsam, Vorgesetzte frühzeitig zu informieren, damit auf Ihre Gesundheit und die Ihres Kindes Rück-

sicht genommen wird. Und sobald Sie die Arbeit nicht mehr wie gewohnt ausführen können, müssen Sie auch dem Arbeitgeber von der Schwangerschaft erzählen.

Auf jeden Fall gilt: Ob die Firma von der Schwangerschaft bereits weiss oder nicht, Sie geniessen nun Schutz vor Kündigung. Und das bis 16 Wochen nach der Geburt.

KEINE PENSENREDUKTION. Vielleicht denken Sie daran, während der Schwangerschaft das Arbeitspensum zu reduzieren. Auch wenn die Firma einverstanden wäre, handeln Sie sich damit grosse Nachteile ein. Denn die Höhe des Erwerbsersatzes während des bezahlten Mutterschaftsurlaubs von

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

**GUCK MAL, WER DA GUCKT:** Wer Gmail von Google nutzt, muss damit rechnen, dass Google und App-Hersteller die Mails mitlesen. FOTO: ISTOCK

So indiskret ist Googles E-Mail-Programm

Googles E-Mail-Programm Gmail ist beliebt. Doch jetzt kommt aus: Viele Firmen können Mails, die mit dem Dienst verschickt oder empfangen werden, mitlesen. Nicht nur das

US-Unternehmen selber kann auf die Nachrichten zugreifen. Laut dem **App-Dienste scannen die Mails, um passende Werbung anzuzeigen.**

«Wall Street Journal» können auch Leute, die nicht von Google angestellt sind, die E-Mails lesen: die Entwickler von Apps, die zum Empfangen, Versenden und Speichern von Mails dienen.

Die Entwickler scannen die Inhalte etwa, um passende Werbung anzuzeigen. Sie dürfen die Mails sogar an Dritte weiterleiten. Bei der Installation der App werden die Nutzerinnen und Nutzer zwar gefragt, ob sie Zugriff auf die eigenen E-Mails gewährten. Wenn sie dies ablehnen, können sie das Programm aber gar nicht benutzen. Google zeigte sich von der Veröffentlichung des «Wall Street Journal» unbeeindruckt: Das Unternehmen will den App-Herstellern auch weiterhin Zugriff auf die Inhalte der E-Mails geben.

DIE ALTERNATIVEN. Wenn Sie prüfen wollen, welche Apps Zugang zu Ihrem Gmail-Konto haben, können Sie dies tun unter myaccount.google.com/permissions. Wirklich sicher ist aber nur eins: Finger weg von Gratis-Mail-Anbietern. Alternativen sind: Mailbox.org, Posteo.de oder Tutanota.com. MARC MAIR-NOACK

Nur teurer.

LOHN DER MÜHE: Beim seriösen Vergleichen von Prämien kann man leicht «de Dokter mache», aber unterm Strich schön Geld sparen – ohne Nachteile. FOTO: ISTOCK



DIE KASSE WECHSELN SO GEHT'S

Planen Sie auf 2019 den Kassenwechsel in der Grundversicherung? Sie haben bis Ende November Zeit dafür, warten aber besser nicht bis zum letzten Moment. So gehen Sie vor:

1. Neue Kasse wählen. Prüfen Sie verschiedene Modelle (Hausarztmodell, Telemed usw.), entscheiden Sie sich für eine Franchise, und vergleichen Sie die Prämien der Anbieter. Vielleicht wechseln Sie zu einem anderen Modell, bleiben aber Ihrer Kasse treu. Teilen Sie ihr diesen Entscheid mit. Man wird Ihnen sagen, ob und welche Modellwechsel Sie schriftlich mitteilen müssen. Falls Sie die Kasse wechseln, fragen Sie Freunde oder Ihren Arzt nach Erfahrungen mit der Kasse Ihrer Wahl. Sind die Auskünfte zufriedenstellend und die konkrete Offerte der neuen Kasse korrekt, melden Sie sich an und lassen Sie sich die Aufnahme bestätigen. Vorbehalte wegen bestehender Krankheiten müssen Sie nicht fürchten, in der Grundversicherung besteht Aufnahmezwang ohne Einschränkungen.

2. Alte Kasse kündigen. Die eingeschriebene Kündigung muss spätestens am letzten Arbeitstag im November bei der Kasse eintreffen. Bewahren Sie die Postquittung auf.

PS: Lassen Sie sich vom aggressiven Werben der Kassen – oft via Callcenter – nicht unter Druck setzen. Und falls Sie einen Kassenvertreter zu Besuch haben: Unterschreiben Sie nie einen Vertrag, ohne einmal darüber geschlafen zu haben. (jk)

kommt eine Ausgleichszahlung, wer tiefe Kosten hat, liefert Ausgleichsgeld ab. Jedoch funktioniert der Risikoausgleich nur unzulänglich. Beispiel: Die Helsana (550 000 Versicherte) erbrachte

zahlt sein. Und es erklärt auch, weshalb die Kassen derart scharf auf «gute Risiken» sind.

WIE VIEL SOLIDARITÄT?

Was bedeutet das alles nun für Sie? Bleiben Sie bei Ihrer teuren Kasse, bleiben Sie «solidarisch» mit einer Gruppe Menschen, die im Durchschnitt höhere Gesundheitskosten verursacht als andere Gruppen. Wollen Sie sich diese «Solidarität» leisten? Können Sie sich diese «Solidarität» leisten? Sind Sie einverstanden mit einem Gesetz und einem Markt, der diese Unterschiede nicht in den Griff bekommt? Bei zwei- oder sogar dreifachem Nein wäre es konsequent, jetzt zu einer billigeren Kasse zu wechseln. Wie Sie das anstellen, lesen Sie gleich rechts («So geht's»).

Der Risikoausgleich unter den Kassen wirkt nur eingeschränkt.

2016 Nettoleistungen von 5108 Franken pro versicherte Person und erhielt 1122 Franken Risikoausgleich. Die Sanagate (93 000 Versicherte) hatte Kosten von 1128 Franken und bezahlte 1026 Franken in den Risikoausgleich. Die Helsana hatte also rund doppelt so hohe Kosten pro versicherte Person. Das will – mit Prämien – be-

an Ihrem Arbeitsplatz ein Recht auf Schonung Gesundheit, dann der Job

14 Wochen (je nach individuellem Arbeitsvertrag oder GAV auch länger) bemisst sich nach der Höhe des Lohns vor der Ge-

Sind Sie erschöpft, dürfen Sie auch mehr Pausen machen.

burt und fällt bei Teilzeitpenssen entsprechend tiefer aus.

Die Mutterschutzverordnung enthält eine Liste gefährlicher und beschwerlicher Arbeiten, die Sie während der Schwangerschaft nicht oder nur bedingt ausführen dürfen. Zum Beispiel Lasten über fünf Kilo heben. Oder in besonders heissen oder kalten Räumen arbeiten. Erhalten Sie keine andere, gleichwertige Arbeit ange-

boten, haben Sie Anspruch auf 80 Prozent des Lohns.

Ihr Arbeitgeber darf Ihnen generell keine Arbeiten zuweisen, die Ihnen persönlich schwerfallen. Sie dürfen in diesem Fall die Arbeit nach einer Mitteilung an den Arbeitgeber jederzeit verlassen. Allerdings besteht nur dann Lohnfortzahlungspflicht, wenn Sie mittels Arztzeugnis nachweisen, dass Sie aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeitsfähig sind.

ÜBERSTUNDEN VERBOTEN. Auch bei den Arbeitszeiten gelten eindeutige Regeln. Als Schwangere dürfen Sie nicht über die vereinbarte tägliche Arbeitszeit hinaus und nicht länger als neun Stunden pro Tag beschäftigt werden. Auch Arbeiten zwi-

schen 20 Uhr und 6 Uhr müssen Sie nur mit Ihrem Einverständnis übernehmen, in den letzten acht Wochen vor der Geburt ist Abend- und Nachtschicht sogar ganz verboten. Und falls Sie oft im Stehen arbeiten, dürfen Sie über die gesetzlichen Pausen hinaus ab dem vierten Schwangerschaftsmonat alle zwei Stunden eine Kurzpause von zehn Minuten einlegen. Ab dem sechsten Monat dürfen Sie noch maximal vier Stunden pro Tag im Stehen arbeiten. In allen genannten Fällen gilt: Für die vertragliche Arbeitszeit muss man Ihnen eine andere, gleichwertige Tätigkeit zuweisen.

Sie haben also gutes Recht auf Ihrer Seite, wenn Sie auf Ihren Körper hören. Bleiben Sie gesund!

DER UNIA-RATGEBER

WISSEN KOMPAKT

Sind Sie berufstätig, stellen sich für die Schwangerschaft und die Zeit danach eine Reihe von Fragen zu Ihren Rechten am Arbeitsplatz. Die Unia-Broschüre **Erwerbstätig und Mutter – was ich wissen muss** gibt Auskunft über die gesetzlichen Bestimmungen. Wenn Sie weitere Fragen haben, wenden Sie sich an Ihre regionale Unia – sie unterstützt Sie gern. Die Broschüre können Sie auf der Unia-Website herunterladen: rebrand.ly/ratgeber

Neuer Ratgeber für Lernende Dein Recht – online

Die Jugendkommission des SGB hat einen Online-ratgeber für Lernende und junge Arbeitnehmende aufgeschaltet.

«rechte-der-lernenden.ch» lautet der Name der neuen Website, und der Name ist Programm. Zu rund 400 Schlagwörtern von A wie Absenz bis Z wie Zwischenlösungen liefert sie Lernenden und jungen Arbeitnehmenden Hinweise zu den Regeln und zum Recht in der Arbeitswelt. Eine bequeme Suchfunktion, Querverweise und externe Links zu weiterführenden Informationsquellen erleichtern die Recherche.

BESTSELLER. Das neue Angebot der Jugendkommission des Schweizerischen

Gewerkschaftsbundes (SGB) ist die aktuelle Onlineversion der Broschüre «Ich kenne meine Rechte», die der SGB inzwischen in 15. Auflage erscheinen lässt; die Gesamtauflage nähert sich der 400 000er-Grenze. Ein Bestseller also. Kein Wunder: Etwa so viele junge Menschen in der Schweiz befinden sich derzeit in der Berufsausbildung. Das neue Onlineangebot macht ihnen den Zugang zu nützlichem Rechtswissen jetzt noch einfacher. (jk)



WEHR DICH: Wer seine Rechte kennt, kann sie verteidigen.

FOTO: UNIA

WORKLESERFOTO



Stilleben mit Pilz

WANN 10. September 2018
WO Häutligenwald BE
WAS Herbstliche Pilze
Eingesandt von Ruth Krähenbühl, Konolfingen BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 28.9.2018

Sind Sie für einen Frauenstreik am 14. Juni 2019?

AN DIE ARBEIT

Es ist höchste Zeit für einen Frauenstreik 2.0. Und ich hoffe sehr, dass der SGB hier die entscheidende Rolle spielen kann und will. Mit Resolutionen ist es nicht getan, jetzt muss organisiert werden.

SOPHIE GEHRLI, PER MAIL

JEDES JAHR

Ich bin für einen Frauenstreik jedes Jahr, bis die Patriarchen verjagt sind.

ELENA SCHÄRER, PER MAIL

RÜCKSCHRITTE

Vor 28 Jahren «streikte» ich im Kinderwagen mit. Seither ist einiges passiert, doch das meiste steht noch aus. Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer. Noch immer ist die Care-Arbeit ungleich verteilt. Und was mich richtig hässig macht: viele der wenigen Fortschritte, die Frauen und Männer persönlich und politisch erkämpften, werden jetzt immer unverfrorener angegriffen.

KATHA BONO, PER MAIL

RÜCKENWIND

Ich erinnere mich noch sehr gut an den Frauenstreik von 1991. Und vor allem an das Gefühl von «Jetzt ist alles möglich». Wir haben ein kräftiges Zeichen gesetzt. In den darauf folgenden Jahren konnten wir dank diesem Rückenwind einiges erreichen. Aber noch längst nicht genug. Darum ist ein neuer Frauenstreik nötig.

CARMEN BORNER, LUZERN

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**

WORKPOST

Dreiste Baumeister verlangen steilanstiegende Arbeitszeiten
Chrampfen ohne Ende

Der Baumeisterverband fordert von den Bauarbeitern noch mehr Gratisarbeit. Doch schon jetzt sind die Tage auf den Baustellen zu lang.

ALTERNATIVE ZUR STADTREGEL FAULES EI DER BAUMEISTER

Der Baumeisterverband (SBM) macht Politik. Aus heilem Himmel verkündete er Mitte September in einer Medienmitteilung, dass die neue SBM-Card eine Alternative zur B-Saga-Regel bei den Bauarbeiten-Massnahmen sei.

EIGENMUND: Die SBM-Card ist jenseits der Politik, die politischen Kontrollen auf den Baustellen erheben will. Das Info-Materialium «Alltagsbau (SAB)» soll im Winter erst-malig zur Ansicht dring kommen. Der SBM will damit offenbar den beiden FDP-Bundrätinnen Annina Caserio und Johanna Schwabke-Arnold zu Hilfe-eilen, welche die B-Saga-Regel beim Letztbrot in Frage stellen. Ein Eigen-

«Wir spielen nicht mit der Gesundheit der Bauarbeiter.»

Baumeister dämmt zu Hause. Baumeister dreht den Kopf. «Wir spielen nicht mit der Gesundheit der Bauarbeiter.»

UNTERBILDET SINGE RECHNET

WORK 16 / 28.9.2018: CHRAMPFEN OHNE ENDE

Nur eine Antwort

Einfach war es ja noch nie, die Baumeister zu fairen Arbeitsbedingungen zu bringen. Doch was die aktuelle Verbandsspitze seit Monaten aufführt, verdient nur eine Antwort: Streik!

KUSI ANDEREGG, PER MAIL

In Gedanken dabei

Mein leider verstorbener Mann hat inklusive Lehrzeit 49 Jahre auf dem Bau gearbeitet. Er hat seine Arbeit geliebt. Vielleicht hätte er sonst

besser auf seine Beschwerden geachtet. Aber wir hätten es uns auch nicht leisten können, dass er sich früher pensionieren lässt. Es macht mich wütend, wie die Chefs jetzt die Errungenschaft der frühzeitigen Pensionierung kaputt machen wollen. Gut, dass sich die Arbeiter wehren. Ich bin in Gedanken bei den Chrampfern vom Bau!

MARTHA SIEGENTHALER-ZÜRCHER, LANGNAU I. E.

Gleicher Trick wie die Bauern

Ja, ja, der Trick mit den «Praktikanten». Den haben die Baumeister wohl von den SVP-Bauern abgesehen. Auf deren Feldern und in deren Gewächshäusern arbeiten auch immer ganz viele Praktikant-

tinnen und Praktikanten zu ganz kleinem Lohn. Das brauchen wir ganz bestimmt auf dem Bau nicht auch noch.

SEPP CAMENISCH, CHUR

Immer frecher

Warum werden die Baumeister immer frecher? Wohl, weil sie glauben, es sich erlauben zu können. Geben wir ihnen jetzt so richtig contra!

HANS WEISSENBERGER, ZÜRICH

Steuergeschenke gerade an die Pharmaindustrie angeblich dafür sorgen würden, dass in der Schweiz Stellen erhalten bleiben. Ich bin kaum die einzige, der das merkwürdig vorkommt.

BARBARA HUNZIKER, BASEL

Danke!

Danke, Novartis! Selten hat eine Firma so offen gezeigt, was für sie wirklich zählt: die weitere Steigerung der bereits hohen Gewinne für die Aktionäre. Oder glaubt jemand noch das Märchen, nur mit neuen Steuergeschenken würde die Pharma keine Jobs abbauen?

HEINER BRANDMOSER, PER MAIL

Neue Künste?

Bei der Fusion von Ciba-Geigy und Sandoz suchte man einen neuen Namen. Man kam auf Novartis, abgeleitet vom lateinischen «novae artes». Wie sich jetzt zeigt, sind diese «neuen Künste» ganz die alten: das Kapital optimiert seine Gewinne auf Kosten der Arbeit(enden).

MARGARETH OBERHOLZER, AARAU

WORK 16 / 28.9.2018: 100 JAHRE WILLI RITSCHARD

Bichsel tanzt

Die Bilder vom tanzenden Peter Bichsel am Willi-Ritschard-Fest haben mich aufgestellt. Schön, dass es dem alten Genossen und Kollegen so gut zu gehen scheint. Links sein hält fit, bei allen Zipperlein, die das Alter so mit sich bringt.

ERNST HEIMGARTNER, AARAU



Wie gut sind Sie?

- Bond I: Wo in diesem work steht das Exklusiv-Interview mit James Bond?**
- a) Seite 077?
 - b) Seite 700?
 - c) Seite 707?
 - d) Seite 007?

Bond II: Was sagt James Bond über die Schweizer Gartenbaufirmen?

- a) Sie verdienen sich eine Goldnase?
- b) Sie verdienen sich eine Goldbacke?
- c) Sie verdienen sich einen Goldfinger?
- d) Sie verdienen sich ein Goldohr?

Bond III: Was für politische Aktionen liebt James Bond?

- a) Aktionen, die aufrütteln?
- b) Aktionen, die aufschütteln?
- c) Aktionen, die aufrühren?
- d) Aktionen, die aufwühlen?

Bond IV: Welche Beziehung hat James Bond zum Gartenbau?

- a) Er bringt Männer unter die Erde?
- b) Er bringt Frauen unter die Erde?
- c) Er bringt Kinder unter die Erde?
- d) Er bringt Pflanzen unter die Erde?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1d, 2c, 3b, 4a



**MARILYNE RUPP
SIMON KÄSERMANN**

**SIE: BLS,
ER: SBB**

Marilyne Rupp aus Biglen im Emmental und Simon Käsermann aus Nidau BE sind beide ausgebildete Zugverkehrsleiter und SEV-Mitglieder. Simon hat nach der Matura ein Semester Informatik studiert, fand aber bald, dass die Uni nichts für ihn sei. Er machte lieber die Ausbildung als Zugverkehrsleiter. Marilyne machte eine KV-Lehre im öffentlichen Verkehr und liess sich danach zur Zugverkehrsleiterin ausbilden.

SPORTLICH. In ihrer Freizeit gehen sie wandern, Rennvelo fahren und snowboarden. Dabei erfordert das Organisieren mit den unregelmässigen Schichtplänen einiges Geschick. Marilyne: «Manchmal drücken wir einander am Montag die Türfälle in die Hand und sagen, 'also bis Samstag dann!'» In Zukunft werden sie sich nun regelmässiger sehen. Denn Simon wechselt diesen Herbst in die SBB-Informatik. Er wird dort die Programme bedienen für die Ansagen und Anschriften an den Bahnhöfen. An seinem neuen Arbeitsort in Bern hat er Gleitzeit von Montag bis Freitag. Sie verdient brutto 80'081 Franken im Jahr, er kommt auf 80'642 Franken. Eine Zeitlang sei es aber so gewesen, dass sie etwa 50 Franken im Jahr mehr verdient habe. Die beiden schmunzeln: «Aufs Ganze gesehen, ist es bei uns total ausgeglichen!»

Simon Käsermann, Marilyne Rupp: Etwas verrückt und total gut organisiert

Die grosse Bähnler-Liebe

Eine identische Mütze, ein Zufall bei der Ferieneinteilung und nun die Heirat: Die ausgebildeten Zugverkehrsleiter Simon Käsermann und Marilyne Rupp (beide 30) verbindet viel mehr als der gleiche Beruf.

SABINE REBER | FOTO STÖH GRÜNIG

Privat geben sie einander manchmal die Türklinke in die Hand, weil sie beide unregelmässig Schicht arbeiten. Aber beruflich haben sie regelmässig miteinander zu tun. Marilyne Rupp arbeitet als Disponentin bei der BLS. Wenn in einem Zug das WC defekt ist oder wenn ein Lokführer wegen Krankheit ausfällt, muss sie rasch eine Lösung finden. Simon Käsermann ist als Fahrdienstleiter bei den SBB in Olten für die Infrastruktur zuständig. Er sorgt dafür, dass die Züge möglichst reibungslos und ohne Verspätung aneinander vorbeikommen. Marilyne Rupp erzählt: «Wenn ich ein anderes Fahrzeug brauche, dann frage ich bei der Stelle von Simon an, ob sie die Kapazität haben für einen Pendelwechsel, also das Austauschen eines Zuges.»

MENSCH UND TECHNIK. Simon Käsermann wollte als Bub Postautochauffeur werden. Er schmunzelt, «damals war ich total fasziniert von den Drücki-Kässeli!». Heute interessiert ihn an seinem Beruf vor allem das Spannungsfeld zwischen Technik und Mensch. Er finde es faszinierend, «wie viel die Technik schon selber kann – und wo es dann doch den Menschen braucht. Ein einziges Telefon von einem Lokführer kann bei uns innert Sekunden alles auf den Kopf stellen.» Technische Fehler wie zum Beispiel eine defekte Weiche oder eine Stellwerkstörung meldet das System automatisch. Aber manche Probleme sieht nur der Lokführer, zum Beispiel, wenn am Fahr-

zeug eine Störung auftritt, wenn es zu einer Kollision oder zu einem Unfall kommt oder wenn ein Passagier einen medizinischen Notfall erleidet.

Marilyne Rupp ist eher zufällig zu ihrem Beruf gekommen: «Während der KV-Lehre hatte ich schon mit dem Stellwerk zu tun und fand das interessant.» Nach der Lehre begann sie darum gleich die Zweitausbildung zur Zugverkehrsleiterin.

VON ANFANG AN GUT VERSTANDEN. Zu Beginn ihrer Ausbildung fand ein Einführungsanlass für alle künftigen Zugverkehrsleiter aus der ganzen Schweiz statt. Dort begegneten sich Marilyne und Simon zum ersten Mal. Sie sagt: «Er ist mir sofort aufgefallen, denn er trug die gleiche Dakine-Mütze wie ich, einfach in Schwarz, und ich hatte eine weisse.» Marilyne: «Wir verstanden uns auf Anhieb sehr gut und hatten es vom ersten Tag an lustig zusammen. Aber er hatte bereits eine Freundin, und ich war damals auch noch in einer anderen Beziehung.» Danach arbeiteten die beiden im Zentralstellwerk in Bern, wo sie im gleichen Raum sassen und genau die gleiche Arbeit erledigten. Sie sagt: «Wir verdienen sogar praktisch genau gleich viel – ich glaube, ich hatte aufs Jahr gesehen rund 50 Franken mehr.» Ein Paar waren sie da aber noch lange nicht.

Bei der Ferieneinteilung für den Sommer 2011 merkten sie dann, dass sie per Zufall genau die gleichen zwei Wochen Ferien eingegeben hatten. Die Schwester von Simon arbeitete damals in einem Hotel auf den Malediven, und da sie beide grad keine anderen Pläne hatten, beschlossen sie, zusammen dorthin zu reisen. Ohne weitere Absichten, wie sie beide lachend betonen.

Erst als Marilyne im November 2011 mit einer Knieverletzung im Spital lag, wurde ihr bewusst, dass Simon tatsächlich



ZUG UM ZUG: Marilyne Rupp und Simon Käsermann sorgen dafür, dass die Züge der BLS und der SBB reibungslos aneinander vorbeikommen. FOTOS: KEYSTONE

der wichtigste Mensch in ihrem Leben war: «Er war der erste, den ich aus dem Spital anrief!» Und Simons Mutter soll damals zu ihm gesagt haben: «Geh sie im Spital besuchen, jetzt kann sie dir nicht davonrennen!» Jeden Abend vor der Nachtschicht ging er für eine Stunde bei ihr vorbei. Marilyne sagt: «Irgendwann fragte meine Zimmernachbarin, ob das mein Freund sei, und ich wusste nicht, was sagen.»

LIEBER UM DIE WELT ALS NACH OLTEN. Und so wurden die beiden langsam, aber sicher auch offiziell ein Paar. Nun hätten sie sich eine Wohnung nehmen und das gemeinsame Leben gemütlich angehen können. Aber so einfach wollten sie es sich nicht machen – um ihre Liebe zu testen, beschlossen sie, erst einmal zusammen um die Welt zu reisen.

Im August 2015 kündigten sie ihre Jobs und ihre Wohnung und verabschiedeten sich für zwei Jahre. Denn im November 2015 wurde das Zentralstellwerk Bern aufgelöst und in Olten zentralisiert. Simon: «Wir hatten damals beide keine Lust, nach

Olten zu ziehen. Also haben wir gekündigt, und das war der perfekte Moment für eine Weltreise – uns war klar, wir machen das jetzt oder nie.» Im Scherz drohte sie ihm vor der Reise noch an: «Wenn wir als Paar wieder zurückkommen, dann werde ich dich heiraten!»

HEIRATSANTRAG IN DÜNNER LUFT. Zurück von der Weltreise, liess Simon sich in Olten als Zugverkehrsleiter anstellen. Marilyne ging zur BLS in Bern, wo sie nun als Disponentin auf der Leitstelle Personenverkehr arbeitet. Im August 2017 unternahmen die beiden zusammen eine Ferienreise nach Afrika. Auf dem Gipfel des Kilimanjaro (5895 m ü. M.) machte Simon schliesslich den Heiratsantrag. Sie erinnert sich: «Die Luft war so dünn, dass er kaum mehr die Kraft hatte, die Schachtel aufzumachen, also musste ich den Ring selber auspacken!» Nun lachen sie darüber, was wohl aus ihnen geworden wäre, wenn sie vor lauter Atemnot den Gipfel nicht erreicht hätten! Geheiratet haben sie dann diesen Sommer.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincgau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), annesophiezbinden@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossebacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossebacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 89'669 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.